

## Der 'Führerbrief' des Pfarrers Dr. Wilhelm Gaigalat

*Eine Ergänzung des Psychogramms*

Helmut Jenkis

In den „Annaberger Annalen“ haben wir einen umfangreichen Aufsatz unter dem Titel „Die Wandlungen und Wanderungen des Pfarrers Dr. Wilhelm Gaigalat“ mit dem Untertitel „Versuch eines Psychogramms“ veröffentlicht.<sup>1</sup> Diese Ausführungen beruhen im Wesentlichen auf den Archivalien des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz in Berlin-Dahlem und - soweit ergiebig - der deutschen Version der ‚Erinnerungen‘ von Gaigalat. Nunmehr wurde im Bundesarchiv in Berlin die Akte „Gaigalat, Wilhelm“ erschlossen und ausgewertet. Die folgenden Ausführungen beruhen nahezu ausschließlich auf dieser Quelle und sollen das unvollkommene Psychogramm ergänzen.

Es wird darauf hingewiesen, dass sich sowohl der erste Beitrag als auch der folgende ausschließlich mit den politischen Aktivitäten von Pfarrer Dr. Wilhelm Gaigalat beschäftigt. Auf seine karitativen Initiativen und Maßnahmen wird nur beiläufig eingegangen. Die Behandlung dieses Themas würde eine eigenständige Untersuchung erfordern, die von uns nicht beabsichtigt ist.

### **I: Vorbemerkungen**

Im Bundesarchiv wird die Akte „Gaigalat, Wilhelm“ unter der Signatur 530 100 4014, Standort 51, geführt. Offensichtlich handelte es sich um einen Aktenhefter, in dem der zwischenbehördliche Schriftverkehr über Gaigalat abgeheftet war. Diese Heftung ist aber zerstört worden, so dass es sich um eine „zerfledderte“ Akte handelt, die nicht mehr chronologisch angelegt ist. Es liegt die Vermutung nahe, dass die Vorbenutzer aus der ursprünglich bürotechnisch korrekt geführten Akte die sie interessierenden Schriftstücke entnommen haben. Da - im Gegensatz zum Staatsarchiv in Berlin-Dahlem - keine Benutzerzettel vorhanden sind, kann nicht mehr festgestellt werden, wer diese Akte entliehen und benutzt hat. Ein weiterer, noch schwerwiegenderer Vorbehalt ist zu machen: Diese unvollständige Akte enthält ausschließlich Aktenvorgänge innerhalb der zuständigen deutschen Behörden, die sich mit der Eingliederung der Umsiedler aus dem Baltikum - somit auch Litauen - befassen. Darunter befinden sich auch Aktenvermerke bzw. Kopien von Briefen der SS. Selbstverständlich kann und muss man Vorbehalte gegenüber diesem innerbehördlichen Schriftverkehr haben. Andererseits ist aber auch festzustellen, dass es sich um sachliche Feststellungen handelt, in denen keine unmittelbare NS-Ideologie erkennbar ist. Vielmehr ging es stets um die Frage, ob Gaigalat Deutscher oder

---

<sup>1</sup> Helmut Jenkis: Die Wandlungen und Wanderungen des Pfarrers Dr. Wilhelm Gaigalat. Versuch eines Psychogramms. In: Annaberger Annalen. 14,2006. S.23-86.

Litauer war und ob er die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten konnte, aus der er dann hätte Pensionsansprüche ableiten können. Es sei ausdrücklich angemerkt und hervorgehoben, dass dieser Beitrag lediglich eine Auflistung der im Bundesarchiv befindlichen unvollständigen Akte ist, d.h., es werden der innerbehördliche Schriftwechsel und Gaigalats Gegendarstellungen zitiert, ohne Kommentare und ohne Bewertungen, denn ohne diese Darstellung ist der sogenannte „Führerbrief“ von Pfarrer Dr. Wilhelm Gaigalat nicht verständlich.

## **II: Gaigalats Kampf um die deutsche Staatsangehörigkeit<sup>2</sup>:**

Nach der Annexion des Memelgebietes 1923 konnten die Deutschen für das Deutsche Reich und 1939 nach der Rückgliederung des Memelgebietes die Litauer für die Republik Litauen optieren.

### ***1. Die Option und Re-Option von Pfarrer Gaigalat:***

Zwischen dem Deutschen Reich und der Republik Litauen wurde am 8. Juli 1939 ein Optionsvertrag vereinbart, d.h., Litauer, die mit der Rückgliederung automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit erhielten, konnten für Litauen optieren und das Memelgebiet unter Mitnahme des beweglichen Vermögens verlassen.<sup>3</sup> *Von diesem Optionsrecht hat Gaigalat Gebrauch gemacht* und sich für die litauische Staatsangehörigkeit entschieden. Im Sommer 1939 sind er und seine Frau nach Kretinga (Krottingen) in Litauen umgezogen. Auf Grund des Hitler-Stalin-Paktes (oder Ribbentrop-Molotow-Paktes) hat die Sowjetunion faktisch das Baltikum und damit auch Litauen besetzt, da es zum sowjetischen Einflussgebiet gehörte. Das Ehepaar Gaigalat entschloss sich für eine Re-Option zu Gunsten von Deutschland, denn es wurde zwischen Deutschland und der Sowjetunion vereinbart, dass die Volksdeutschen in das Deutsche Reich umsiedeln konnten.

Da die Litauer auf Grund der Polnisch-Litauischen Union überwiegend katholisch waren und die größtenteils deutschstämmige Protestanten in Litauen eine Minderheit bildeten, hat das Deutsche Reich mit der Sowjetunion vereinbart, die evangelische Religion als Kriterium für das Deutschtum zuzulassen. Darunter gehörte auch das Ehepaar Gaigalat. Erst in den Auffang- bzw. Aufnahmelagern erfolgte eine Überprüfung der ethnischen Zugehörigkeit und des Bekenntnisses zum Deutschtum. Auf dieser Grundlage wurde entschieden, wer die deutsche Staatsangehörigkeit erhielt. Bei der Re-Option und der Rückkehr nach Deutschland musste sich das Ehepaar Gaigalat im klaren sein, „daß sie zu den politisch nicht willkommenen Umsiedlern gehörten. Offensichtlich hat man das

---

<sup>2</sup> Vorsorglich sei darauf hingewiesen, dass in dieser unsortierten Akte mit der Bestandsnummer „Gaigalat, Wilhelm“ (530 1000 4014, Standort 51) sich nahezu Kopien (Durchschläge) von Briefen und Aktenvermerken ohne Seitenangaben befinden.

<sup>3</sup> Jenkis, S.66-70.

kleinere Übel gewählt“<sup>4</sup>, um nicht nach Sibirien verschleppt zu werden. Hier liegt der Ursprung von Gaigalats Kampf um die deutsche Staatsangehörigkeit, der schließlich zum „Führerbrief“ führte.

## **2. Die Kontroverse zwischen den deutschen Behörden und Gaigalat**

Im Aufnahmelager Litzmannstadt (so die Bezeichnung 1939 bis 1945, eigentlich Lodz) musste das Ehepaar Gaigalat mehrere Fragebogen ausfüllen. Sie gaben an, bis Juli 1939 in Memel, dann bis zum 6. Februar 1941 in Litauen gelebt zu haben. Im Personalfragebogen vom 6. März 1941 vermerkten sie, dass sie die litauische Staatsangehörigkeit hatten. Im Einbürgerungsantrag vom gleichen Tag (Umsiedlerkarte 99/00/0) wurden die folgenden Angaben gemacht: „Staatsangehörigkeit: W. Gaigalat litauisch, väterlicherseits litauisch, mütterlicherseits: litauisch.“ Wörtlich: *„Ich bekenne mich zum litauischen Volkstum“*. „Frau Gaigalat: deutsch, Umgangssprache: deutsch, Zugehörigkeit zum Deutschtum.“ Es wurde darauf hingewiesen, dass Wilhelm Gaigalat deutsche Volks-, Mittel- und Hochschulen besucht hat.

Auf Anordnung des SS-Sturmbannführers Tschirsky wurde auf dem Personalfragebogen vermerkt: „Ausweis und Urkunden nicht aushändigen.“ Der Sonderbeauftragte des Reichsministers des Inneren bei der Einwandererzentrale Nord-Ost in Litzmannstadt hat die Spalte ‚Einbürgerung‘ durchgestrichen und als „ungültig“ bezeichnet; der Fragebogen wurde von Gaigalat unterschrieben.

Die interne Beurteilung („Nicht vom Antragsteller auszufüllen“) enthält eine Stellungnahme der Deutschen Volksgruppe: „Antragsteller memelländischer Litauer. Frau Deutsche, geborene Frankfurterin. Antragsteller war in der Vor- und Nachkriegszeit (Erster Weltkrieg, Jk.) litauisch gesinnt und kämpfte gegen deutsche Interessen. *Gegen Einbürgerung ernste Bedenken*“. (Hervorhebung erfolgte durch uns, Jk.). Die EWZ (Einwandererzentralstelle) macht die folgenden Bemerkungen: „... nicht lesbar, Mischfall, politische Bedenken“.

Die Devisenstelle der OFD (Oberfinanzdirektion) in Königsberg teilte mit Schreiben vom 10. Februar 1941 Herrn Martin Szwillus in Matsmasuhren mit, dass die Grundstücke von Gaigalat in Memel, Polangenstraße 9A, Jagsten, Bruckschawiese, Barsdehen, Bergufer und Wilkischken (Hausgrundstück) auf Grund der Abmachung zwischen dem Deutschen Reich und der UdSSR vom 10. Januar 1941 auf das Deutsche Reich übergegangen sind. Mit Schreiben vom 17. Februar 1941 an den Lagerführer des Gemeinschaftslagers VII in Zdunskaja Wola hat Gaigalat gegen die obige Verfügung - Enteignung der Grundstücke - der OFD Königsberg protestiert. Er hat den Protest wie folgt begründet: Wir waren nur etwa ein Jahr als Optanten in Litauen, nach der Besetzung Litauens

---

<sup>4</sup> Ebenda, S.73.

durch die Russen haben wir nachgesucht, nach Deutschland zurückzukehren, wo wir 60 Jahre gelebt haben, am 6. Februar 1941 sind wir als deutsche Umsiedler nach Deutschland gekommen. Als Abgeordneter im Preußischen Landtag (korrekt: Haus der Abgeordneten, Jk.) von 1903 bis 1918 in Berlin habe er vielfach deutsche Interessen vertreten; er war Präsident des Evangelischen Konsistoriums in Litauen und wurde wegen seiner zu großen Deutschfreundlichkeit seines Amtes enthoben.<sup>5</sup> Wörtlich: „Wir sind jetzt wieder in Deutschland als deutsche Bürger und beantragen, uns unser redlich erworbenes Eigentum wieder zurückzugeben. Heil Hitler! Prof. Dr. Wilhelm Gaigalat.“

Der Chef der Sicherheitspolizei und der SD - Einwanderungsstelle - in Litzmannstadt hat am 28. Februar 1941 ausgeführt:

„Antragsteller noch nicht durchschleust (damit ist die „Durchleuchtung“ gemeint, Jk.), daher Antrag (wegen der Grundstücke, Jk.) zurückstellen. Im übrigen war W. Gaigalaitis Abgeordneter des Preußischen Landtages, jedoch von den nationalen memelländischen Litauern gewählt und vertrat deren Interessen. 1919 begab sich Gaigalaitis als Abgeordneter nach Paris zur Friedenskonferenz, um eine Angliederung des Memelgebietes zu Litauen zu erstreben. Im Kulturverband (in Litauen, Jk.) ist nicht er, sondern nur seine Ehegattin aufgenommen worden. Das Vermögen Polangenstraße Memel gehört zum Teil dem litauischen Verein „Sandora“.“

Die Einwandererzentralstelle wandte sich am 14. März 1941 an die Staatsangehörigkeitsstelle in Litzmannstadt:

„...Er (Gaigalat) hat an der Friedenskonferenz 1919 teilgenommen und die Eingliederung des Memelgebietes an Litauen erstrebt. Er betätigte sich immer gegen deutsche Interessen und wurde darum auch nicht in den Deutschen Kulturbund aufgenommen“ (nur seine Frau war Mitglied, Jk). Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD in Litzmannstadt gab am 1. April 1941 die folgende Beurteilung ab:

---

<sup>5</sup> Der Deutsch-Evangelische Pressedienst, Nr.21 vom 24. Mai 1933 nahm zur Absetzung von Gaigalat als Präsident des Konsistoriums wie folgt Stellung (Mikrofilm R 5101/21908): „Ein Deutschenhasser kaltgestellt. Der Präsident des Konsistoriums der evangelisch-lutherischen Kirche Litauens, Dr. Gaigalat, eine wenig erfreuliche Persönlichkeit, ist vom Staatspräsidenten seines Amtes enthoben worden... Diesem Wechsel war ein langwieriger Kampf innerhalb des litauischen Teils der evangelisch-lutherischen Kirche vorausgegangen. Fast erheitert wirkt, daß der durch seine übereifrige Bekämpfung des Deutschtums in der lutherischen Kirche bekannt gewordene Gaigalat von seinen Gegnern nun der Germanisierung beschuldigt wird. Pfarrer Gaigalat hat im Memelgebiet nach dem Krieg durch seine Bekämpfung des Deutschtums sich unliebsam bemerkbar gemacht, während er vor dem Kriege preußischer konservativer Landtagsabgeordneter war“.

„Gaigalat, Wilhelm, bekannte sich stets zum Litauertum, vertrat nie deutsche Interessen, eher das Gegenteil. Versuchte durch die ev. Kirche in Litauen eine Verlitauerung der Deutschen durchzuführen. ... Es ist unverständlich, wie ein Mann vom Schlag des Prof. Gaigalat aus dem Lager entlassen werden konnte. ... Gaigalat, Wilhelm und seine Frau sollten nach Litzmannstadt zwecks Durchschleusung in Marsch gesetzt werden, damit er auf Grund eines Durchschleusungsergebnisses nicht mehr in das Memelgebiet zurückkehrt, wo er eventuell wieder gegen das Deutschtum arbeiten könnte. Die vermögensrechtlichen Fragen sind jetzt unwesentlich.“

Nach einer dreistündigen Vernehmung wandte sich Gaigalat mit Schreiben vom 6. April 1941 an die Geheime Staatspolizei in Litzmannstadt, da ihm eine Gegnerschaft gegen das Deutschtum vorgeworfen wurde: „Dazu muß ich erklären, daß ich nie gegen das Deutschtum mich betätigt habe. Im Gegenteil, ich hatte wegen meines Eintretens für das Deutschtum schwerwiegende Nachteile erleiden müssen“. (Hervorhebung erfolgte durch uns. Der litauische Staatspräsident Smetona hatte ihn als Präsidenten des Konsistoriums der Evangelisch-Lutherischen Kirche abberufen, Jk.).

In der historischen Abfolge wird hier ein Schreiben eingefügt, das eine Reihe vor Fällen beschreibt, die entweder vor dem Einmarsch der Sowjets trotz ihrer antideutschen Haltung die Umsiedlung nach Deutschland wahrnahmen bzw. nach Deutschland flüchteten. Arthur Thaetmeyer - dessen Identität wir nicht ermitteln konnten - hat aus dem Lager Wildschütz am 9. April 1941 an Dr. Ernst Neumann<sup>6</sup> in Königsberg auf neun Schreibmaschinenseiten über das Schicksal von litauischen Einzelpersonen berichtet; hier eine Auswahl:<sup>7</sup>

„Der Untersuchungsrichter Nezabitauskas und Rechtsanwalt

---

<sup>6</sup> Der Tierarzt Dr. Ernst Neumann war der Führer der Memeldeutschen und hat am 23. März 1939 das Memelgebiet an Adolf Hitler in Memel übergeben. Dr. Neumann, der die NS-Rassenpolitik ablehnte und deshalb in Memel nicht länger erwünscht war, wurde auf Vorschlag des Gauleiters Koch Generaldirektor der Bank der Ostpreußischen Landschaft in Königsberg. Siehe: Ernst-Albert Plieg: Das Memelland 1920-1939. Deutsche Autonomiebestrebungen im litauischen Gesamtstaat. Würzburg 1962. S.212.

<sup>7</sup> Anfang der 30-er Jahre bildeten sich im Memelgebiet zwei memeldeutsche Parteien: die SOVOG (Die Sozialistische Volksgemeinschaft unter Dr. Neumann) und die CSA (Die Christlich-Sozialistische Arbeitsgemeinschaft unter Pfarrer von Saß), die unter NS-Einfluss standen. Auf Grund des litauischen Staatsschutzgesetzes vom 8. Februar 1934 wurde 1934/1935 in Kaunas der Kriegsgerichtsprozess (auch Neumann-Saß-Prozess genannt) vor dem Obersten Litauischen Kriegsgericht durchgeführt, der über Litauen hinaus Aufmerksamkeit erweckte. Es wurden 126 Memelländer wegen hochverräterischer Bestrebungen – Abtrennung des Memelgebietes von Litauen – angeklagt. Zu den Einzelheiten siehe Plieg, S.107-137.

Slezevičius (litauischer Verteidiger, ehemaliger Ministerpräsident) starben vor dem Einmarsch der Russen.

Nach dem Einmarsch der Russen wurden Oberst Leonas (Vorsitzender des Kriegsgerichts in Kowno), General Viemeris (vormals Wiemer), Oberster Staatsanwalt des Kriegsgerichts und der Nationallitauer Tolischus (Landesdirektor) verhaftet.

Der litauische Oberstleutnant Merkys (Gouverneur des Memelgebietes 1927-1932 und Ministerpräsident) wurde auf die Insel Solowky im Eismeer verschleppt.

Der Gefängnisdirektor Schalkauskas und der Direktor des Sicherheitsapparates, Povilaitis, sollen erschossen worden sein.

Der ehemalige Gouverneur des Memelgebietes Dr. Navakas (1933-1935) war seit Herbst 1940 in der Irrenanstalt Kalvarija.

Ehemaliger Staatsanwalt Dionizas Monstavičius (jetzt: Monstowitsch), der den Memelländer-Prozess aufgezogen hat und mit allen Fasern seiner polnischen Seele die Ausrottung aller Deutschen herbeiwünschte. Seine Frau ist Ärztin und soll demnächst in Litzmannstadt an einem Umsiedlungslager angestellt werden....<sup>8</sup>

Dr. Wilhelm Gaigalaitis, unermüdlicher Bekämpfer der deutschen evang.-luth. Kirchengemeinde in Litauen. Trotzdem hat er die ganze Zeit aus Deutschland eine beträchtliche Pension erhalten.“

Diesen Bericht beendet Thaetmeyer mit der Bemerkung: „Kurz gesagt, alle Memelländer mit Ausnahme des „Patriarchen“ Jankus kehren heim ins Reich“.

Wenn man die einzelnen Schicksale nach der Besetzung des Baltikums - auch Litauens - durch die Sowjets verfolgt, dann war die Re-Option für Deutschland oder die Flucht nach Deutschland - so auch von Präsident Antanas Smetona - zwar nur die zweitbeste Lösung, aber immer noch besser als nach Sibirien verbannt oder liquidiert zu werden. Diese Erkenntnis hat Gaigalat bewogen, nach Deutschland zurückzukehren und für den Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft zu kämpfen.

Kehren wir zurück zu der Kontroverse zwischen den deutschen Behörden und Gaigalat: Der Reichsminister des Inneren nahm gegenüber der Einwandererzentralstelle am 13. Juni 1941 wie folgt Stellung: „Nach den vorliegenden Be-

---

<sup>8</sup> Dionizas Monstavičius wurde mit seiner Dissertation „Der memelländische Prozess“ 1948 zum Dr. jur. durch die Universität Heidelberg promoviert; Gutachter war Prof. Dr. Gustav Radbruch. Es handelt sich im Wesentlichen um seine Anklageschrift im Neumann-Saß-Prozess. (Sign. in der UB Heidelberg: W 6130)

richten wird er von allen Stellen in Memel als Verräter an der deutschen Sache bezeichnet, der sich während der Abtrennung des Memelgebietes einwandfrei im litauischen Sinne betätigt und in jeder denkbaren Weise das Deutschtum bekämpft hat“. Die Einwandererstelle in Litzmannstadt teilte am 7. Juli 1941 dem Reichsminister des Inneren mit: „Politisch wurde er (Gaigalat) mit 5 bewertet“. Der Reichsführer SS - Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums wandte sich am 17. Juli 1941 an den Chef der Sicherheitspolizei und des SD in Litzmannstadt und nahm zur Einbürgerung von Gaigalat wie folgt Stellung:

„Bereits 1919 hat Gaigalat keinen Hehl aus seiner litauischen Gesinnung gemacht.“ Wörtlich: „Der Reichskommissar für das Memelgebiet bezeichnet Gaigalat als die Seele der großlitauischen Bewegung in Preußen und als Urheber des Plans der Abtretung des Memelgebietes. Ich kann aus diesem Grunde Gaigalat nicht als Umsiedler anerkennen<sup>9</sup>. Ich bitte Sie deshalb, ihm keinen Umsiedlerausweis auszuhändigen bzw. ihm den Umsiedlerausweis wieder abzunehmen und seine Einbürgerung im Schnellverfahren nicht durchzuführen“. Und am 18. Juli 1941 hat der Reichsführer SS den Reichsminister des Inneren ersucht: „Wenn G. ... die deutsche Staatsangehörigkeit erworben haben sollte, bitte ich zu erwägen, ob ihm die deutsche Staatsangehörigkeit nicht wieder abzuerkennen ist“.

Der Sonderbeauftragte des Reichskommissars des Inneren hat am 2. August 1941 wie folgt entschieden: „Vfg. l. Antragsteller ist abgelehnt“. Dieser Ablehnungsbescheid wurde nicht von Gaigalat unterschrieben und damit auch nicht von ihm anerkannt.

Die NSDAP-Kreisverwaltung in Memel (Kreisleiter Grau) hat am 25. August 1941 an den Regierungspräsidenten in Gumbinnen („Streng vertraulich!“) den folgenden Bericht erstattet:

„Er (Gaigalat) hat Theologie studiert und ist später ein politisierender Pfarrer übelster Art geworden. Statt sich um das Seelenheil seiner Gläubigen zu kümmern, hat er seine Macht als Pfaffe ausgenutzt, Menschen zu verführen und von ihrem Volk und Vaterland abtrünnig zu machen. ...Er ... erhielt von den litauischen Machthabern genügend Geldmittel für seine hetzerische Arbeit gegen das Deutsche Reich. Zum Dank für seinen Verrat ernannte man ihn zum Professor und berief ihn in das evangelische Konsistorium Litauens. ... Gaigalat ist in politischer Hinsicht als unbedingt unzuverlässig anzusehen“.

Es ist bemerkenswert, dass sich der Stil und Ton des Schreibens der Kreislei-

---

<sup>9</sup> Der Umsiedlerausweis war die Grundlage für die Einbürgerung im Schnellverfahren. Wer den Umsiedlerausweis nicht mehr besaß, hatte keine Chance auf Einbürgerung.

tung in Memel von den Schreiben der Behörden - auch wenn es sich um solche der SS handelte - abhebt: Die Behörden haben sich eines sachlichen, zwischen den Ämtern üblichen Stiles bedient, dagegen hat die Kreisleitung emotional argumentiert.

Die Volksdeutsche Mittelstelle (VoMi) in Flatow, wohin Gaigalat verlegt worden war, hat der Einwandererzentralstelle in Litzmannstadt am 10. September 1941 mitgeteilt, dass die Eheleute Gaigalat am 27. Juli 1941 nach Frankfurt a. M., Gustav-Freytag-Straße 23 (bei Otto Fink, Schwager von Gaigalat) entlassen wurden. Das Lager in Litzmannstadt teilte am 22. September 1941 an die Deutsche Umsiedlungstreuhandgesellschaft mbH (DUT) in Berlin, Mohrenstraße 42/44, mit: „*G. ist durch den Reichsführer SS, Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums aus der Umsiedlung ausgeschlossen*“ (Hervorhebung erfolgte durch uns, Jk.)

Nunmehr setzte eine Kontroverse zwischen den deutschen Dienststellen und Gaigalat über die Rückgabe der Umsiedlerausweise ein, denn diese bildeten nicht nur die Grundlage für die Einbürgerung, sondern auch für Erstattung der Vermögenswerte.

Die Einwandererzentralstelle in Litzmannstadt ersuchte am 11. Oktober 1941 das Polizeipräsidium in Frankfurt: „Ich bitte, die zwei Umsiedlerausweise und den Verweisungsbescheid einzuziehen und nach hier zu senden. *G. dürfte als staatenloser Ausländer behandelt werden*“. (Diesen Status hat Gaigalat bis zu seinem Tode Ende 1945 behalten). Gaigalat wandte sich am 27. Oktober 1941 an das Polizeipräsidium und bat, ihm die Umsiedlerausweise zu belassen, bis er die in Litauen eingezahlten Gelder und Sachen erhalten habe. Das Polizeipräsidium schlug vor, vorerst die Ausweise nicht einzuziehen, aber die Einwandererzentralstelle in Litzmannstadt bestand darauf, dass die Ausweise unter allen Umständen sofort einzuziehen seien (Schreiben vom 11. November 1941). Mit Schreiben vom 4. Dezember 1941 an die Einwandererzentrale in Litzmannstadt erhob Gaigalat Einspruch gegen den Entzug der Umsiedlerrechte, um sein in Litauen hinterlassenes Geld und die Möbel zu erhalten. Anfangs weigerte sich Gaigalat, die Ausweise zurückzugeben. Schließlich teilte das Polizeipräsidium am 12. März 1942 der Einwandererzentralstelle in Litzmannstadt mit, dass die Ausweise abgeliefert wurden; damit galt das Ehepaar Gaigalat als staatenlos.

Die Einwandererzentralstelle Litzmannstadt teilte am 9. Mai 1942 dem Reichskommissar für die Festigung des Deutschtums mit, dass Frau Gaigalat gegen den Ausschluss als Umsiedler Einspruch eingelegt hat. Der Regierungspräsident Wiesbaden hat am 16. September 1942 verfügt, dass der Antrag auf Einbürgerung abgelehnt wurde. Damit war die Einbürgerungsfrage endgültig erklärt, d.h., das Ehepaar Gaigalat wurde nicht als Umsiedler anerkannt und die

deutsche Staatsangehörigkeit nicht verliehen. Diese Entscheidung wurde damit begründet, dass er ab 1919/1920 gegen das Deutschtum agiert hatte, dass er für die Abtrennung des Memelgebietes vom Deutschen Reich und die Eingliederung in die Republik Litauen eintrat.

Neben dem Ziel, die deutsche Staatsbürgerschaft zu erlangen, kämpfte Gaigalat um seine *Pfarrer-Pension*: Gaigalat war von 1900 bis 1919 Pfarrer und hat Einzahlungen in die Pensionskasse geleistet. Am 1. April 1919 wurde er auf eigenen Antrag krankheitshalber in den Ruhestand versetzt. Bereits am 4. Juli 1939 hat der Evangelische Oberkirchenrat in Berlin-Charlottenburg dem Reichsminister für kirchliche Angelegenheiten berichtet, dass Gaigalat nach seiner Pensionierung 1919 bis März 1939 Ruhegehalt bezogen hat; ab 1932 aus Mitteln des Direktoriums in Memel, das die Zahlungen am 1. April 1939 einstellte. Gaigalat war 1925 Dezernent für kirchliche Angelegenheiten im ‚deutschfeindlichen‘ Direktorium von Viktor Gailius: Er hat auf Seiten derer gestanden, die auf eine völlige Loslösung der memelländischen Kirchengemeinden von der preußischen Landeskirche hinarbeitete. 1925 wurde er Professor der Evangelisch-theologischen Fakultät in Kaunas, die ausschließlich der Heranbildung litauischer Geistlicher diente. Als Konsistorialpräsident war er bestrebt, alle evangelischen Gemeinden in Litauen und im Memelgebiet in einer gesamt-evangelischen Kirche Litauens zu vereinigen. „Es besteht hiernach u. E. außer Zweifel, daß Gaigalat deutschfeindlicher Gesinnung ist und sich auch in diesem Sinne betätigt hat.... Heute läßt sich eine Wiederaufnahme von Ruhegehaltszahlungen aus kirchlichen Mitteln für Gaigalat u. E. nicht verantworten...“

Mit Schreiben vom 25. März 1941 an das Evangelische Konsistorium in Königsberg beantragte Gaigalat die Weiterzahlung des Ruhegehaltes. Die Finanzabteilung beim Oberkirchenrat in Berlin-Charlottenburg wandte sich am 12. Mai 1942 an den Reichsminister für kirchliche Angelegenheiten und hielt es nicht für tragbar, Gaigalat Versorgungsbezüge aus öffentlichen Mitteln zu gewähren, denn: „Die Finanzverwaltung in Königsberg hält es deshalb für erwünscht, dahin zu wirken, daß ein von Gaigalat etwa gestellter Antrag auf Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft einer genauen Prüfung unterzogen wird“.

Der Reichskommissar für das Memelgebiet hat bereits mit Schreiben vom 23. Februar 1921 an das Evangelische Konsistorium in Königsberg auf folgendes hingewiesen: Gaigalats Brief an die in Chicago erscheinende litauische Zeitung „Der Missionar“ wurde am 3. Oktober 1920 veröffentlicht und im „Memeler Dampfboot“ vom 16. Februar 1921 abgedruckt. Dort heißt es: „Gaigalat galt als die Seele der groß-litauischen Bewegung in Preußen und als der Urheber des Plans der Abtretung des Memelgebiets.... Damit bekennt Gaigalat mit offener

Schamlosigkeit seine verbrecherischen Unternehmungen.... Ich halte es für meine Pflicht, erneut auf das gemeingefährliche Treiben Gaigalats hinzuweisen, das nicht nur der Vergangenheit angehört und auch das deutsch gebliebene „Südmemelland“ (der nördliche Teil von Ostpreußen, Jk.) berührt“. Dieses Zitat ist ein Beleg dafür, dass bereits 1920/21 politische Bedenken gegen Gaigalat vorgebracht wurden.

Gegen die zahlreichen Zitate aus dem Schriftverkehr der deutschen Behörden kann man einwenden, dass es sich um einseitige Stellungnahmen und Urteile handelt, manche Feststellungen - so die der Kreisleitung in Memel - dürften überspitzt sein. Da es sich aber um den Schriftverkehr zwischen deutschen Behörden handelt, kann es keine anderen Stellungnahmen - zum Beispiel aus litauischer Sicht - geben. Im übrigen hat Gaigalat die Feststellungen der deutschen Dienststellen im Prinzip in seinen „Erinnerungen“ bestätigt.<sup>10</sup>

In den 'Erinnerungen' berichtet Gaigalat über die Periode 1921-1933 (S. 47 ff.): Er wurde 1921 nach London entsandt, um den künftigen Status des Memelgebietes zu klären, zumal die Litauer auf nationalem, politischem, wissenschaftlichem und kommerziellem Gebiet recht tätig waren: „In Memel wurde das 'Komitee Klein-Litauens' gebildet, das in der Hauptsache den Aufstand im Memelgebiet organisierte (gemeint ist die Besetzung des Memelgebietes am 10. Januar 1923 durch litauisches Militär, Jk.); für die litauischen Schulen sorgte der 'Schulverein', dessen Vorstand ich länger als zehn Jahre lang war“. (S. 47) „Als oberste politische Organisation der Memelländischen Litauer wurde im Jahre 1933 die 'Vereinigung der Litauer des Memelgebiets' gegründet, in deren Rat ich einberufen wurde.“ (S. 48). Es entstand eine Kontroverse über das Tempo der Lituanisierung der Schulen. Gaigalat bekannte: „Aber abgesehen von diesem Vorfall hatte ich doch genug für die Lituanisierung der Schulen des Gebiets getan. Gleich, nachdem ich das Amt (als Dezernent für das Schulwesen, Jk.) übernommen hatte, war ich in viele Schulen gereist, um mich von dem Stand der litauischen Sprache in ihnen zu informieren, indem ich den Lehrern litauische Katechisierungen aufgab. ... Außerdem sandte ich an die Schulen litauische Lese-, Lehrbücher und Fibeln für die unbemittelten Schüler kostenlos, die der Gouverneur gestiftet hatte“. (S. 49) Die sprachliche Lituanisierung hatte Gaigalat bereits am 27. Juni 1919 in seinem Memorandum an die Französische Republik gefordert.<sup>11</sup>

---

<sup>10</sup> Siehe Jenkis, S.23, Fußnote 2.

<sup>11</sup> In Ziff. 4 des Memorandums vom 27. Juni 1919 heißt es: „Die Beamten müssen sich die litauische Sprache aneignen, soweit sie dieselbe noch nicht beherrschen, und dieselbe im Verkehr mit dem Volk anwenden. Der Unterricht in den Schulen sollte allmählich aus der deutschen in die litauische übergehen. Die Amtssprache sollte litauisch sein und

Nicht nur im weltlichen, sondern auch im kirchlichen Bereich hat man erhebliche Bedenken gegen Gaigalat geltend gemacht, um ihm sowohl die deutsche Staatsbürgerschaft zu versagen als auch keine Ruhegehaltszahlungen zu leisten, weil Gaigalat gegen das Deutschtum agierte und für die Abtrennung des Memelgebietes und dessen Eingliederung in die Republik Litauen eintrat. Zwar hat Gaigalat Teile seines in Kretinga eingezahlten Geldes und auch Teile seiner Möbel erhalten, aber hinsichtlich der Erlangung der deutschen Staatsangehörigkeit und der Wiederaufnahme der Pensionszahlungen war er gescheitert.

Seine Konversion vom Preußen oder Deutschen zum Litauer um 1918/1919 wurde ihm zum Verhängnis. In formaler Hinsicht ist zu berücksichtigen, dass die Litauische Gesandtschaft in Berlin mit Verbalnote vom 24. November 1939 das Auswärtige Amt unterrichtete, dass *Gaigalat die litauische Staatsbürgerschaft erworben und damit die deutsche Staatsbürgerschaft verloren hatte*. Folglich gingen auch sämtliche Rechtsansprüche - Pensionen - verloren.

Offensichtlich war es für ihn eine bittere Enttäuschung, zumal er und seine Frau als Staatenlose der Gestapo-Aufsicht unterlagen. In dieser Situation hat er am 3. Juni 1942 „An den Führer des Deutschen Volkes“ - Adolf Hitler - geschrieben.

### **III: Gaigalats „Führerbrief“**

Die langwierigen und letztlich erfolglosen Auseinandersetzungen mit den deutschen Behörden - insbesondere mit der Einwandererzentralstelle in Litzmannstadt - haben Pfarrer Gaigalat offensichtlich auch psychisch in eine desolote Lage gebracht. Mit Genehmigung der Lagerleitung konnte das Ehepaar Gaigalat das Lager verlassen und zu seinem Schwager Otto Fink nach Frankfurt a. M. (später nach Bretten) ziehen.

#### ***1. Die schwierige Lage des Ehepaares Gaigalat***

In seinen 'Erinnerungen' beschreibt Gaigalat seine schwierige Lage in Frankfurt wie folgt: „Im ganzen war unsere Lage in Frankfurt keineswegs beneidenswert. Geld hatten wir nur wenig, denn nicht alles, was wir in Krottingen bei der Rücksiedlungskommission eingezahlt hatten, wurde uns auch zurückgezahlt; die Möbel hatten wir freilich zurückbekommen, aber wie sahen sie aus? Vieles war zerbrochen, zerkratzt, zersplittert; vieles vertauscht oder gänzlich verschwunden. Wir erfuhren, daß uns die Rücksiedlerrechte genommen worden sind; und damit verbunden war der Verlust des Rechtes auf die deutsche Staatsbürgerschaft, des ständigen Wohnrechtes in Deutschland, der Verlust unseres Vermögens in Deutschland und noch einiges mehr. Ich hatte ein Gesuch an die Deutsche Regierung gerichtet, uns die deutsche Staatsangehörigkeit

---

vorläufig auch deutsch. Die Bekanntmachungen erfolgen in litauischer und deutscher Sprache“ (siehe Jenkis, S.54-57, zitiert S.55).

zu geben und hatte dazu die notwendigen Urkunden (Ariernachweis und ähnliche) beschafft. Die Rücksiedlerausweise wurden von uns zurückgefordert, und da ich dieser Aufforderung nicht sofort nachkam, drohte uns die Geheime Staatspolizei mit Verhaftung und Einlieferung in das Konzentrationslager Tremmel. Ich hatte mir eine Fotokopie unserer Rücksiedlerausweise anfertigen lassen, aber auch diese mußte ich abliefern. ... Bei der Polizei warf man mir vor, 'daß ich es wagte, solche nicht dagewesene Unverschämtheit zu haben und um die Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit zu ersuchen, ich wäre in Deutschland nur ein Gast und müßte mich auch als solcher benehmen.' In dieser psychisch angespannten Lage beschloß ich, mich schriftlich an den *Führer Deutschlands, Adolf Hitler, zu wenden*, aber sein Kanzleichef erklärte mir, daß er seinen Chef nicht mit Klagen von Einzelpersonen belästigen könne, daher habe er mein Schreiben an den Reichskommissar zur Festigung des Deutschtums weitergeleitet.“ (S. 144-146, Hervorhebung erfolgte durch uns, Jk.)

Auch die offensichtlich aus Verzweiflung gestartete Intervention blieb erfolglos.

## **2. Der 'Führerbrief' vom 3. Juni 1942**

Dieser knappe Hinweis in seinen 'Erinnerungen' hat uns veranlasst, nach diesem Brief zu suchen. In der eingangs zitierten Akte im Bundesarchiv in Berlin (Bestandssignatur: Gaigalat, Wilhelm, Archivsignatur: 530 100 4014) haben wir nach stundenlangem Suchen den sogenannten 'Führerbrief' gefunden, nicht aber die Antwort der Reichskanzlei, die nicht wichtig erscheint.

Ganz offensichtlich handelt es sich um den Brief, den Gaigalat in seinen „Erinnerungen“ erwähnt. Leise Zweifel könnten deshalb aufkommen, weil Gaigalat im Betreff auf die Beschlagnahme seines Vermögens, nicht aber auf die Erlangung der deutschen Staatsangehörigkeit eingeht. Das kann einmal damit zusammenhängen, dass zur Rückgabe des Vermögens der Umsiedlerausweis erforderlich war, der zugleich die Grundlage für die Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft bildete, zum anderen ist nicht auszuschließen, dass Gaigalat hinsichtlich der deutschen Staatsbürgerschaft resigniert hatte. Trotz der geringen Zweifel gehen wir davon aus, dass es sich beim „Führerbrief“ um den in den 'Erinnerungen' genannten Brief an Adolf Hitler handelt, der erstmalig als Faksimile veröffentlicht wird.

R.M. Nr. 1707/142A

Frankfurt/Main, 3. Juni 1942  
Gustav Freytag-Str. 23

An den

Führer des Deutschen Volkes

durch die Reichskanzlei  
z. Hd. des Reichsministers Dr. Lammers,

L e i t u n g

Betr.: Beschlagnahme des Gesamtvermögens des Grundstückes  
Prof. Dr. Wilhelm Guggulat u. seiner volkdeutschen  
Ehefrau Marie geb. Dietze.

In unserer Notlage wenden wir uns vertrauensvoll an den Führer des Deutschen Volkes mit der inständigen Bitte, uns zur Wiedererlangung unseres in Deutschland gelegenen und infolge von Abmachungen zwischen dem Deutschen Reich und Sowjet-Russland zu Gunsten des Deutschen Reiches beschlagnahmten Vermögens verhalten zu wollen. Wir sind bis zum Aufstände der Litauer im abgetrennten Grenzgebiet und bis zu seiner Vereinigung mit Litauen unserer ganzen Leben lang deutsche Litauerbürger gewesen und haben bis zur Rückgliederung des Gebiets an Deutschland in Memel gewohnt. Bei der Gebietsübernahme im Jahre 1939 sind uns zwei Wohnhäuser, unsere Autohandlung nebst Inventarissen der Holzindustrie und unser Automobil beschlagnahmt und Haussuchung bei uns veranstaltet worden. Diese Vorgänge haben bei mir, dem Obermann, zumal nach vorhergegangenem schweren Schlaganfall und Operation meine Herrschaft völlig zerstört, so dass wir in allem ruhigen Bedacht in Litauen Genesung suchten. Dort wurden wir, an Sicherheit aus Gesundheitsrückichten veranlasst, für Litauen zu optieren, um in völliger Ruhe leben und unser Lebensende erwarten zu können; denn wir waren 69 bzw. 61 Jahre alt. Leider beschleunigten sich die Bolschewisten des Gebiets, aber wir sind Mitte Juli 1940 dem Kultusverbande der Deutschen Litauens beigetreten und glücken durch, unsere Rechte als Deutsche gesichert, um voll Vertrauen nach Deutschland umziedeln zu können. Von der Umiedlungskommission wurde uns in Aussicht gestellt, dass wir als Kinder in Deutschland liebevoll aufgenommen würden, nur soll aber unser Vermögen, wovon wir leben, von Deutschen Reiches abgezogen werden. Unser nach Litauen übernommenes Vermögen ist uns von den Bolschewisten abgenommen worden, so dass wir nun fast nichts besitzen. Da stellt sich uns nun die barge Frage, wovon wir in unserem arbeitsunfähigen Alter leben sollen. Denn auch unsere Pflanzensaat ist uns in Memelgebiet, obwohl wir Beiträge zur Ruhegeldkasse gezahlt hatten, ohne Angabe von Gründen genommen worden.

Nun ist mir, dem Enkelknecht, von deutscher Seite vorgeworfen, dass ich gegen das Deutschtum eingestellt gewesen sei. Solche Vorwürfe sind auch während unserer Umsiedlerjahre gerichtet gegen mich von missgünstigen Leuten erhoben worden. Jedoch entsprechen sie durchaus nicht der Wahrheit. Im Gegenteil. Ich bin 15 Jahre lang (1903 - 1918) als Preussischer Landtagsabgeordneter u. z. als Vertreter für die Kreise Memel und Heydekrug in völlig loyaler Weise tätig gewesen und habe, als Mitglied der konservativen Partei, weder mit Polen noch mit Juden etwas zu tun gehabt. Während der Besetzung des Memelgebietes durch die Franzosen habe ich mich gegen die Weiterführung dieses Zustandes erklärt und sogar ein Flugblatt in diesem Sinne herausgegeben, wofür mich der französische Kommissar, General Cöry, ins Gefängnis zu bringen drohte. Allerdings habe ich gegen den Anschluss des Memelgebietes an Litauen nichts einzuwenden gehabt, weil sonst das Memelgebiet als Freistaat aller Voraussicht nach an Polen gefallen wäre und Ostpreussen dann allseits von Polen umschlossen gewesen wäre, während das schwache Litauen für Deutschland die Möglichkeit bot, das Memelgebiet sich leicht zurückzuholen, was ja auch tatsächlich geschah. Die politischen Führer der Deutschen im Memelgebiet Jehn, Krause u. a. waren dagegen nach Warschau gefahren und verhandelten über nähere Beziehungen mit Polen. Als das Gebiet unter litauischer Verwaltung war, habe ich für die kulturelle Hebung seiner Bevölkerung arbeiten zu sollen geglaubt. Seit 1923 war ich zum Präsidenten des Konsistoriums der Evgl. Kirche Litauens gewählt. Ich sollte damals angeblich deutsche Pastoren verfolgt haben, jedenfalls wurde solches in der chauvinistischen Presse verbreitet. In Wirklichkeit hat das neue Konsistorium unter meinem Vorsitz nur für Ordnung, Sitte und Gerechtigkeit gesorgt, wobei von Gegnerschaft gegen Deutsche keine Rede sein kann, was man an deutlichsten daraus ersieht, dass ich wegen meines Eintretens für deutsche Interessen auf Bestreben von lettischen und litauischen Synodalen von Präsidenten des Litauischen Staates kurzzeitig aus dem Amte entfernt wurde, weil ich auf Synoden und Pfarrerkonferenzen den deutschen Pastoren völlig unbeschränkt in deutscher Sprache zu verhandeln freigegeben hatte. Ähnliches widerfuhr mir, als ich in meiner Eigenschaft als Beauftragter für Kirchen und Schulwesen im Direktorium des Memelgebietes (1923) eine Erklärung in der Zeitung "Memeler Dampfboot" veröffentlichte des Inhalts, dass die Unterrichtssprache in den Volksschulen des Gebietes deutsch bleibe - was mir in der Folge von den Litauern immer von neuem zum Vorwurf gemacht wurde; desgleichen als ich als deutscher Kreisschulinspektor des Gebietes (Meyer, Walger u. a.), die bei dem Aufstande der Litauer gegen die französische Besetzung geflüchtet waren, in ihre Ämter wieder zurücknahm. Ich musste aus dem Landesdirektorium ohne weiteres scheiden und somit mein Eintreten für deutsche Interessen büßen. Dazu sind mir nun ohne Angabe von Gründen die Umsiedlerrechte genommen, und jetzt soll uns auch noch unser gesamter Besitz ohne Heuerat enteignet werden, der als "feindliches Vermögen" gekennzeichnet wird, wo wir doch mit den Bolschewisten nichts zu tun gehabt, die Sowjet-Union nie

emerkant und bis zum Umsiedlungstage einen litauischen Pass gehabt haben.

In Tilsit war ich 1920 zum Vorsitzenden des Litauischen Volkrates gewählt, habe dies Amt jedoch, um nicht gegebenenfalls gegen das Deutsche auftreten zu müssen, sofort niedergelegt. Deshalb wurde ich in der deutschen Zeitschrift "Allgemeine Litauische Rundschau" als Verräter der litauischen Sache gebrandmarkt. In Kaun hatten litauische Studenten und Lehrer, um mich wegen meiner Deutschfreundlichkeit zu bekämpfen, mit staatlicher Beihilfe eine Zeitschrift "Strove" (Strom) begründet und mich darin in gleicher Weise wiederholtlich heruntersetzt. Jetzt sitzen unter deutscher Verwaltung einige dieser Herren in der evgl. Kirchenbehörde in Kaun. Ich bin bereit, diese meine Angaben durch einwandfreie Zeugen jederzeit zu beweisen und bitte, mir dazu Gelegenheit zu geben.

Was die Litauer des Memelgebietes anbetrifft, so sind sie stets treue Freunde gewesen und haben für Preussens Ruhm und Stärke mit Freude gekämpft. Deshalb sind auch einige Regimente in Ostpreussen offiziell als litauische bezeichnet worden, so das 1. Dragoner Regiment in Tilsit und das 11. Dragoner Regiment in Insterburg. Wie hat man bei ihnen von etwaigen politischen Sonderbestrebungen gehört.

Ich, die Ehefrau, bin eine volkdeutsche Frau, Tochter des verstorbenen Generaldirektors des Vereins für Chemische Industrie Hermann Sittke in Frankfurt/Main und habe als mein deutsches Volkstum verlangt und bedauere es schmerzlich, dass man uns die deutsche Staatsangehörigkeit nicht wiedergegeben hat. Ich habe eine Mitgift von etwa 100.000.-Mark mitbekommen und stehe nun infolge der vorgenommenen Massnahmen mit meinem Gatten vor dem Nichts. Und das, nach meiner festen Ueberzeugung, völlig unverdienterweise.

Esher möchten wir den Führer des deutschen Volkes ergebeten bitten, anerkennen zu wollen, dass unser bisher besitztes Vermögen, das etwa 100.000.-M. Wert hat, also die Mitgift der Ehefrau und die noch in Memel vorhandenen Möbel aus dem Heiratsgut nebst den Waren unserer dortigen Buchhandlung oder insamten der grössere Teil davon uns frei und wieder zurückgegeben würde, damit wir in den Tagen unseres Alters nicht Mangel leiden brauchen.

Wir bitten esher und glauben hierbei, keine Verbitte an den Führer des deutschen Volkes zu richten, das bezeichnete Vermögen als unsere einzige Existenzgrundlage uns wieder freigegeben zu lassen.

Heil Hitler !

*Dr. h. c. Dr. Wilhelm Gaigalat, Prof. u. d.  
Franz Maria Gaigalat geb. Duitze*

### **3. Analyse und Kommentierung des „Führerbriefes“**

Der 'Führerbrief' soll systematisch analysiert und kommentiert werden.

#### **Seite 1 des „Führerbriefes“**

Gaigalat hat sowohl den Dienstweg als auch die Anrede geschickt gewählt: Wenn er direkt an den Führer geschrieben hätte, dann hätte die Anrede „Mein Führer!“ gelautet. Wahrscheinlich wollte er dieses vermeiden, daher die etwas ungewöhnliche Formel „An den Führer des Deutschen Volkes“, nicht aber „An den Führer des Deutschen Reiches“. Er wählte den korrekten Dienstweg, nämlich über die Reichskanzlei. Chef der Reichskanzlei war Dr. Hans-Heinrich Lammers (1879-1962).<sup>12</sup>

Gaigalat teilt in seinen „Erinnerungen“ mit, dass der Kanzleichef des Führers - war es der Reichsminister Dr. Lammers persönlich oder einer seiner Mitarbeiter? - Hitler nicht mit den Problemen von Einzelpersonen belästigen konnte, daher hat er das Schreiben an den Reichskommissar zur Festigung des Deutschen weitergeleitet. Wie weiter oben dargelegt, hat sich diese Behörde eingehend mit der Person Gaigalat befasst und seine litauische Orientierung festgestellt. Das bedeutet, dass auch diese Intervention von Gaigalat an den „Führer des Deutschen Volkes“ - wie alle vorherigen Bemühungen - erfolglos blieb.

Im „Betreff“ geht es um die *Beschlagnahme des Gesamtvermögens*. Interessant ist, dass Gaigalat sich als „Umsiedler“ und seine Frau (geborene Dietze in Frankfurt a. M.) als „Volksdeutsche“ bezeichnet. Die Bezeichnung „Umsiedler“ ist zutreffend, aber er verschweigt, dass die Litauische Gesandtschaft das Auswärtige Amt am 24. November 1939 davon unterrichtete, dass Gaigalat die litauische Staatsangehörigkeit erworben hatte. Da es offensichtlich keine Doppel-Staatsbürgerschaft - die deutsche und die litauische - gab, hatte er damit die deutsche verloren. In seinem „Führerbrief“ hat er nicht zu erkennen gegeben, dass das Ehepaar Gaigalat seit Ende 1939 litauische Staatsbürger waren. Der Begriff ‚Volksdeutsche‘ ist für Frau Marie Gaigalat unzutreffend. Bis 1945 wurden diejenigen Deutschen als Volksdeutsche bezeichnet, die außerhalb Deutschlands und Österreichs lebten, aber eine andere Staatsangehörigkeit hatten, so z. B. die Siebenbürger Sachsen, die Banater Schwaben, die Wolgadeutschen oder die Litauendeutschen. Da Frau Gaigalat in Frankfurt a. M. geboren wurde, war sie „reine“ Deutsche, die erst 1939 nach Litauen ‚auswanderte‘ und die litauische Staatsangehörigkeit erwarb. Sie war folglich eine naturalisierte Litauerin.

---

<sup>12</sup> Der Jurist Lammers war 1920-1933 im Reichsinnenministerium, 1933-1937 Staatssekretär und 1937-1945 Reichsminister der Reichskanzlei, in Nürnberg 1945 verurteilt, er wurde 1952 entlassen.

Im ersten Satz wird um die Wiedererlangung des in Deutschland gelegenen und beschlagnahmten Vermögens der Eheleute Gaigalat gebeten. Dann folgt ein Satz, der problematisch ist: Gaigalats waren bis zum Aufstand der Litauer (sic! Gemeint ist das Jahr 1923) und bis zur Vereinigung mit Litauen deutsche Reichsbürger und haben bis zur Rückgliederung des Memelgebietes (1939) in Memel gewohnt. Diese Aussage bedarf der Korrektur:

Gaigalat vertrat noch 1942 gegenüber dem ‚Führer‘ die These, dass es 1923 einen „Aufstand“ *der litauischen Memelländer* gegeben habe und dass die Großlitauer ihren Landsleuten zur Hilfe gekommen sind, indem sie die Franzosen vertrieben haben. Der litauische Historiker Vytautas Žalys hat zu dem sogenannten „Aufstand“ festgestellt:

Der militärische Anführer der Besetzung des Memelgebietes durch litauisches Militär war Jonas Polovinskas (Deckname Budrys). Er machte die Erfahrung, dass an dem Unternehmen (Besetzung des Memelgebietes, Jk.) selbst nur eine geringe Anzahl litauischer Memelländer teilgenommen hat - etwa 300 Menschen - , während die Zahl der „Helfer“ aus Litauen ungefähr 1.050 betrug (40 Offiziere, 585 Soldaten, 455 Schützen). Knapp jeder dritte „Aufständische“ ist mithin einheimisch gewesen. ... es (gibt) Anhaltspunkte dafür, dass von den genannten 300 viele erst nach dem 15. Januar 1923 „Aufständische“ geworden und ihre Beweggründe durchaus nicht patriotisch gewesen sind. Am Vorabend der Aktion war das „unpatriotische“ Verhalten mancher angesehenen litauischen Memelländer offensichtlich. *Dr. Vilius Gaigalaitis* erklärte, indem er den Vorschlag, politischer Aufstandsleiter zu werden, *kategorisch zurückwies*, dass eine solche Funktion mit seinem Status als Geistlicher unvereinbar sei“. (Hervorhebung erfolgte durch uns, Jk.).<sup>13</sup>

Auch Gaigalats Feststellung „bis zu seiner Vereinigung mit Litauen“ ist unzutreffend, denn es hat keine totale Eingliederung des Memelgebietes in die Litauische Republik gegeben, vielmehr hatte das Memelgebiet auf Grund der vom Völkerbund verfassten und von Litauen akzeptierten Memelkonvention einen Autonomiestatus; Gaigalat war sogar einer der zuständigen Dezernenten im Memeler Direktorium.

Es ist bemerkenswert, dass Gaigalat sich angeblich an diese Fakten nicht mehr erinnerte; wahrscheinlich wollte er sich im Schreiben an den Führer als ein Sohn Deutschlands darstellen. Dagegen heißt es in seinen „Erinnerungen“ (S.147): „Mein Vater und meine Mutter waren reine Litauer, sie hatten nicht einen Tropfen fremden Blutes in sich. Ich habe mein Litauertum und die litauische Sprache mit der Muttermilch eingesogen ... Sie (die Mutter, Jk.) hat nie-

---

<sup>13</sup> Vytautas Žalys: Ringen um Identität – Warum Litauen zwischen 1923 und 1939 im Memelgebiet keinen Erfolg hatte. Lüneburg 1993. S.23 ff., zitiert S. 27.

mals auch nur ein deutsches Wort mit mir gesprochen, denn sie selbst hatte nie die deutsche Sprache erlernt“. Und schließlich sei wiederholt, dass Gaigalat im Aufnahmelager Litzmannstadt im Fragebogen angegeben hat: „Staatsangehörigkeit litauisch ... Ich bekenne mich zum litauischen Volkstum“. Es sind widersprüchliche Aussagen.

Nach der Rückgliederung des Memelgebietes an das Deutsche Reich wurden Hausdurchsuchungen durchgeführt und Vermögenswerte beschlagnahmt. Die Vorgänge haben - nach einem Schlaganfall und Operation - seine Nerven völlig zerrüttet, so dass das Ehepaar Gaigalat Genesung in einem ruhigen Badeort in Litauen suchte, vermutlich handelte es sich Palanga (Polangen). Und dann wörtlich: „Dort wurden wir, in Sonderheit aus Gesundheitsrücksichten veranlasst, für Litauen zu optieren, um in völliger Ruhe leben und unser Lebensende erwarten zu können; denn wir waren 69 bzw. 61 Jahre alt“.

Auch hier handelt es sich um eine euphemistische Umschreibung der Realität: Sicherlich gab es in Litauen Kurorte, in denen man sich erholen konnte. War die medizinische Versorgung und Betreuung der litauischen Universitätsklinik in der jungen Universität von Kaunas mit dem wissenschaftlichen Standard der Charité in Berlin oder mit den Universitätskliniken von Kiel bis Wien und von Aachen bis Königsberg vergleichbar?

Noch problematischer ist der Satz im „Führerbrief“: „Dort wurden wir ... *veranlasst, für Litauen zu optieren*“. Hier suggeriert Gaigalat, dass er eigentlich gar nicht für Litauen optieren wollte, sondern beeinflusst und überredet wurde. Dieses dürfte eine vollkommen unrealistische Aussage sein. Gaigalat war sich offensichtlich bewusst, dass er auf Grund seiner pro-litauischen Haltung ab 1918/19 und insbesondere ab 1923 nicht die deutsch-memelländischen, sondern die großlitauischen Interessen vertreten hatte.<sup>14</sup> Um nur ein Beispiel zu nennen: Der Reichs- und Staatskommissar für das Memelgebiet, Graf Lambsdorf, hat in seinem Schreiben vom 10. Januar 1922 an das Auswärtige Amt folgendes Urteil über Gaigalat gefällt:

„Ein ehemaliger deutscher Pfarrer, der sich öffentlich gerühmt hat, die Niederlage seines Vaterlandes benutzt zu haben, um ihm Land zu entreißen, ist nach meiner Auffassung dauernd unwürdig, das von ihm geschändete frühere Vaterland zu betreten. ... Ohne förmliche Anweisung werde ich Gaigalat keine Einreiseerlaubnis erteilen“.<sup>15</sup>

Diese und andere Verdikte waren den deutschen Behörden - insbesondere der

---

<sup>14</sup> Siehe hierzu ausführlich Jenkis, S. 47-63.

<sup>15</sup> Ebenda, S.62. - Es sei ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es sich um ein Urteil aus dem Jahr 1922 handelt, als es noch keine NS-Herrschaft gab. Selbstverständlich war diese Feststellung in den Akten des Dritten Reiches vorhanden.

Gestapo und dem Reichskommissar zur Festigung des Deutschtums - bekannt.

Die Bolschewiken - die Sowjetunion - bemächtigten sich 1940 der baltischen Staaten und damit auch Litauens, „aber wir sind Mitte Juli 1940 dem Kulturverbande der Deutschen Litauens beigetreten und glaubten dadurch, *unsere Rechte als Deutsche* gesichert, um voll Vertrauen *nach Deutschland umsiedeln* zu können“ (Hervorgehoben durch uns, Jk.).

Es liegt eine Verdrehung der Tatsachen vor: Freiwillig haben die Eheleute Gaigalat auf Grund des deutsch-litauischen Optionsvertrages vom 8. Juli 1939 für Litauen optiert, sind nach Litauen (Kretinga) umgesiedelt und im November 1939 hat Gaigalat die litauische Staatsangehörigkeit erhalten. Er ist nicht von Litauern überzeugt worden, sondern hat aus freiem Entschluss gehandelt. Unter dem Eindruck des sowjetischen Einflusses in Litauen sind sie bereits Mitte Juli 1940 dem Kulturverband der Deutschen in Litauen beigetreten. Das stimmt nicht, denn - wie weiter oben ausgeführt - wurde nur Frau Gaigalat, nicht aber Pfarrer Gaigalat, in den Kulturverband aufgenommen.<sup>16</sup>

Noch unverständlicher ist, dass Gaigalat dem „Führer des Deutschen Volkes“ Glauben machen wollte, dass durch diesen Beitritt „seine Rechte als Deutsche (sic!) gesichert (seien), um voll Vertrauen nach Deutschland umsiedeln zu können. Von der Umsiedlungskommission wurde uns in Aussicht gestellt, dass wir als Kinder in Deutschland liebevoll aufgenommen würden“.

Im „Führerbrief“ beklagt sich Gaigalat, dass das nach Litauen transferierte Vermögen von den Bolschewiken abgenommen wurde. Das kann nur bedingt zutreffen, denn bei der Rücksiedlung nach Deutschland hat er über dreißig Kisten mitgenommen (handelte es sich vornehmlich um Bücher?). Auch die folgende Aussage von Gaigalat ist problematisch: „...Denn auch unsere Pfarrerpension ist uns im Memelgebiet, obwohl wir Beiträge zur Ruhegehaltskasse gezahlt haben, ohne Angabe von Gründen genommen worden“. Im Aufsatz „Wandlungen und Wanderungen des Pfarrers Dr. Wilhelm Gaigalat“ haben wir dargelegt, dass sich die Eheleute sehr intensiv um die Zahlungen der Pension erfolglos bemüht haben.<sup>17</sup> Der formale Grund war, dass Gaigalat im Herbst 1939 die litauische Staatsbürgerschaft angenommen und damit die deutsche verloren hatte. Damit gingen auch alle Rechtsansprüche an den deutschen Staat und die Evangelische Kirche verlustig.

Bereits die Analyse und Kommentierung der ersten Seite des „Führerbriefes“ macht deutlich, dass Gaigalat sich als deutschen Bürger darstellt, der lediglich

---

<sup>16</sup> In den ‚Erinnerungen‘ heißt (S.151): „Meine Frau war in Krottingen dem Deutschen Kulturverband in Litauen beigetreten, und auf diese Weise hatte auch ich als ihr Ehemann das Recht, mit ihr zusammen aus Litauen nach Deutschland umzusiedeln...“.

<sup>17</sup> Jenkis, S.81-83

„veranlasst“ wurde, für Litauen zu optieren. Fakten, die ihm bekannt waren und die er in seinen ‚Erinnerungen‘ anders dargestellt hatte, hätte er im „Führerbrief“ berücksichtigen müssen. Allerdings sind zu Gunsten von Gaigalat zwei Einschränkungen zu machen: Einmal, es ist menschlich und allzu menschlich, dass er zum Beispiel nach der Rück siedlung nach Deutschland um sein Vermögen und seine Pension kämpfte, zum anderen konnte er nicht ahnen, dass nach Jahrzehnten noch Akten vorhanden sind und deren Inhalte verglichen werden. Gaigalat befand sich ökonomisch und psychologisch in einer schwierigen Situation, in der er auf seine konträren Aussagen nicht immer Rücksicht nehmen konnte und wohl auch nicht wollte.

#### *Seite 2 des 'Führerbriefes'*

Auf der zweiten Seite des „Führerbriefes“ setzt sich Gaigalat mit den Vorwürfen auseinander, dass er gegen das Deutschtum eingestellt gewesen sei. Nach seiner Ansicht wurden diese Vorwürfe von missgünstigen Leuten erhoben und entsprachen nicht der Wahrheit. Als Abgeordneter von 1903 bis 1918 habe er sich loyal verhalten. In dieser Selbstdarstellung beschreibt er sich als treuen und loyalen deutschen Staatsbürger. Gegenüber der NS-Ideologie wird mit der Bemerkung, er habe „weder mit Polen noch mit Juden etwas zu tun gehabt“, eine Verbeugung gemacht.

Dann allerdings folgt ein Satz, der der eingehenden Erörterung und der Korrektur bedarf:

„Allerdings habe ich (Gaigalat) gegen den *Anschluß des Memelgebietes an Litauen* nichts einzuwenden gehabt, weil sonst das Memelgebiet als Freistaat aller Voraussicht nach an Polen gefallen wäre und Ostpreußen dann allerseits von Polen umschlossen wäre, während das schwache Litauen für Deutschland die Möglichkeit bot, das Memelgebiet sich leicht zurückzuholen, was ja auch tatsächlich geschehen ist“ (Hervorhebung erfolgte durch uns, Jk.).

Dieser inhaltsschwere Satz soll analysiert werden: Gaigalat spricht von „Anschluss“ des Memelgebietes an Litauen. Diese „*Anschluss these*“ beinhaltete die vollständige Eingliederung des Memelgebietes in die Republik Litauen, zum Beispiel als eine Provinz (wie der Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich 1938). In seinen 'Richtlinien für die Besetzung des Memelgebietes an die Regierung der Französischen Republik' vom 27.6. 1919 heißt es in Ziff. 10: „... bis wir (im Memelgebiet, Jk.) nach vollständiger Konsolidierung des litauischen Staates organisch mit ihm verbunden werden und ein gemeinsames Ganzes mit ihm bilden können“.<sup>18</sup> Man könnte dieses auch als „*Verschmelzungstheorie*“ bezeichnen. Dieses haben aber die Alliierten und der Völkerbund durch die

---

<sup>18</sup> Siehe Jenkis, S.54-57.

Memelkonvention verhindert, da sie dem Memelgebiet Autonomie gewährten. Gaigalats gesamte Politik von 1923 bis 1939 - so zum Beispiel als Präsident des Konsistorium der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Litauen - war darauf gerichtet, den Autonomiestatus auszuhöhlen und das Memelgebiet zu einem integralen Bestandteil der Republik Litauen zu machen.

Auch die Feststellung, dass durch den „Anschluss“ des Memelgebietes an Litauen verhindert wurde, dass dieses Gebiet als Freistaat aller Voraussicht nach an Polen gefallen wäre, bedarf der Korrektur: In der Tat hatte Polen Interesse am Memeler Hafen und wurde dabei von Frankreich unterstützt, das dadurch Ostpreußen eingekreist hätte. Im Memeler Vorparlament hat man sich auf Grund des Prinzips des Selbstbestimmungsrechts der Völker für eine Volksabstimmung ausgesprochen. Die Forderung lautete: „Volksabstimmung oder Freistaat, aber nicht *Einverleibung in den litauischen Staat*“<sup>19</sup> (Hervorhebung erfolgte durch uns, Jk.). Im September 1919 forderte man, weder von Litauen noch von Polen vereinnahmt zu werden. Wenn dem Memelgebiet Selbständigkeit und Selbstverwaltung zugebilligt werde, dann unter der Aufsicht des Völkerbundes oder unter dem Mandat von England oder den USA.<sup>20</sup> Dadurch hätte man - wie im Falle der Freien Stadt Danzig - verhindert, von Litauen oder Polen vereinnahmt zu werden.

Da eine Volksabstimmung nicht stattfand, strebte man an, aus dem *Memelgebiet ein selbständiges Staatswesen* zu machen, und zwar unter dem Protektorat einer der Ententemächte. Ende 1921 entstand die „Arbeitsgemeinschaft für den Freistaat Memel“.<sup>21</sup> In einer Unterschriftensammlung sprachen sich von 71.856 Stimmberechtigten 54.329 für den Freistaat aus: „Wenn auch vielen Memelländern diese Erklärung als Verrat erschien, so wählten sie damit gegenüber dem unerwünschten Anschluss an Litauen doch das kleinere Übel.“

Bei den Verhandlungen über die Bildung des Freistaates in Paris „(kam) die litauische Delegation, zu der die Nationallitauer Simonaitis und Pfarrer Dr. Wilhelm Gaigalat gehörten, nicht zum Erfolg, da sie wie auf der Friedenskonferenz den „*Anschluß des Gebietes an Litauen forderte*“. (Hervorhebung erfolgte durch uns, Jk.) Alles sprach für einen Freistaat unter britischer, italienischer oder französischer Oberhoheit, aber keinen Anschluss an Polen. Aber: „Diese Erwartungen machte das gewaltsame litauische Eingreifen (Besetzung des

---

<sup>19</sup> Friedrich Janz: Die Entstehung des Memelgebietes. Zugleich ein Beitrag zur Entstehungsgeschichte des Versailler Vertrages. 2. Aufl., Höxter 1981. S.76

<sup>20</sup> Der Verfassungsentwurf für den Freistaat Memel vom November 1919 ist abgedruckt bei Janz, S.120-127.

<sup>21</sup> Plieg, S.16-17.

Memelgebietes, Jk.) zunichte“.<sup>22</sup> Die These, wenn der Freistaat Memelgebiet an Polen gefallen wäre, dann wäre Ostpreußen eingekreist (Memel als das Gibraltar der Ostsee) trifft nur theoretisch zu, denn die deutsche Diplomatie hat alles getan, dass sich Polen nicht in Memel festsetzt, um die Einkreisung zu verhindern. Da auch die Franzosen nicht die Absicht hatten, das Memelgebiet den Polen zu überlassen, war Gaigalats Szenario realpolitisch ohne Belang.<sup>23</sup> Dagegen ist Gaigalats folgender Halbsatz nicht nur realistisch, sondern sogar hellsichtig, allerdings erst im Juni 1942: „... während das *schwache Litauen* für Deutschland die Möglichkeit bot, das Memelgebiet sich leicht zurückzuholen, was auch tatsächlich geschehen ist“ (Hervorhebung erfolgte durch uns. Jk.).

Die Berliner Diplomatie hat nicht taktisch, sondern strategisch gedacht, das heißt, Polen heraushalten und Litauen als das kleinere Übel akzeptieren. Diese Rechnung ist 1939 aufgegangen. Allerdings schließt sich daran die Frage, warum Gaigalat im Sommer 1939 für Litauen optierte, nach Litauen umzog und sogar die litauische Staatsangehörigkeit annahm, obgleich er nach 1933 erlebt hat, wie Hitler systematisch und ohne Widerspruch der Alliierten die Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages außer Kraft setzte (Rückgliederung des Saargebietes, Rheinlandbesetzung, Wiederbewaffnung, Anschluss Österreichs, Anschluss des Sudetenlandes und Bildung des Protektorates Böhmen und Mähren), so dass sich Litauen fragen musste, wann es in das „Visier“ der deutschen Politik geraten würde. Schließlich erfolgte die Rückgliederung des Memelgebietes vertraglich und ohne militärischen Einsatz oder internationalen Disput. Litauische Anfragen in Paris und London ergaben keine positive Antwort; denn: „Die Erkenntnis hatte sich zweifellos durchgesetzt, dass die Memelkonvention ihren Sinn eingebüßt hatte und die ganz offensichtlich bevorstehende Rückgabe des Memelgebietes die zweckmäßigste und hinsichtlich der Einstellung der Mehrheit der Bevölkerung die einzig brauchbare Lösung darstellte“.<sup>24</sup> Das „schwache Litauen“ war nicht nur schwach, sondern nur noch eine Figur auf dem Schachbrett der europäischen Politik, die kurz vor dem Zweiten Weltkrieg stand. Es ist realistisch anzunehmen, dass Gaigalat diese diplomatische Entwicklung zumindest in den Grundzügen kannte. Dennoch hat er für Litauen optiert und die litauische Staatsbürgerschaft angenommen - war das eine rationale oder emotionale Entscheidung?

Sodann weist Gaigalat im „Führerbrief“ darauf hin, dass er für die kulturelle Hebung der Bevölkerung gearbeitet habe. Die Frage ist, ob dieses im deutschen, litauischen oder im neutralen Sinne erfolgte. Als Gaigalat 1925 zum

---

<sup>22</sup> Ebenda, S.17.

<sup>23</sup> Ebenda, S.18.

<sup>24</sup> Ebenda, S.206.

Präsidenten des Konsistoriums der Evangelischen Kirche Litauens gewählt wurde, hat die chauvinistische Presse verbreitet, er habe deutsche Pastoren verfolgt, in Wirklichkeit habe er für Ordnung, Sitte und Gerechtigkeit gesorgt, „wobei von Gegnerschaft gegen Deutsche keine Rede sein kann“. Dagegen hat der Memeler (deutsche) Generalsuperintendent Obereigner dem Prediger Baltris gesagt: „Ihr Litauer könnt Euch Pfarrer aus Litauen einladen soviel Ihr wollt, wir werden jedem gestatten, in unserer Kirche Gottesdienst zu halten, nur *Gaigalaitis auf keinen Fall*“.<sup>25</sup> (Hervorhebung erfolgte durch uns, Jk.). Dieses Verdikt spricht nicht dafür, dass Gaigalats Kirchenpolitik deutschfreundlich war. Gaigalat beklagt sich, dass er als Dezernent für das Kirchen- und Schulwesen 1923 im Direktorium für die deutsche Unterrichtssprache in den Schulen eintrat, was ihm die Kritik der Litauer einbrachte: „Ich mußte aus dem Landesdirektorium ohne weiteres scheiden und somit mein Eintreten für deutsche Interessen büßen“.

Gaigalat beklagt sich, dass als „Dank“ für sein Eintreten für die deutschen Interessen ihm ohne Angaben von Gründen die Umsiedlerrechte genommen und der gesamte Besitz und Hausrat - als „feindliches Vermögen“ - enteignet wurde, obgleich er mit den Bolschewiken nichts zu tun hatte, die Sowjetunion nie anerkannt und bis zur Umsiedlung nur einen litauischen Pass besessen habe.

Auch diese Feststellungen sind nicht unproblematisch: Die Umsiedlerrechte wurden nicht ohne Gründe, sondern - aus deutscher Sicht - begründet entzogen; denn er wurde in Litzmannstadt immer wieder gefragt, warum er für Litauen optiert habe. Es muss eine umfangreiche Gestapoakte bestanden haben<sup>26</sup>, die seine pro-litauischen Aktivitäten seit 1918/19 akribisch auflistete, so dass ihm - wie dargestellt - die Umsiedlerrechte aberkannt wurden. Im Gegensatz zum „Führerbrief“ hat Gaigalat seinen Hausrat - wohl beschädigt und unvollständig - erhalten, nicht das unbewegliche Vermögen.<sup>27</sup> Der Hinweis, er habe nichts mit den Bolschewiken zu tun gehabt und die Sowjetunion nie anerkannt, ist eine Verneigung vor der NS-Ideologie des Dritten Reiches.

Die zweite Seite des „Führerbriefes“ ist taktisch und psychologisch geschickt orchestriert:

Er beginnt mit seinem Einsatz für das Deutschtum, das ihm Kritik von den Litauern eingetragen hat, da er ein treuer und loyaler deutscher Bürger gewesen

---

<sup>25</sup> Jenkis, S.66.

<sup>26</sup> Wir haben intensiv nach der Gestapoakte in Frankfurt, Frankfurt, Karlsruhe und schließlich im Bundesarchiv, Berlin, gesucht, diese aber nicht gefunden. Entweder ist diese Akte auf Grund von Kriegshandlungen (Bombenkrieg) oder Anfang 1945 von der Gestapo vernichtet worden.

<sup>27</sup> So Gaigalat in seinen ‚Erinnerungen‘, S.144.

sei. Allerdings habe er nichts gegen den Anschluss des Memelgebietes an das „schwache Litauen“ gehabt, um zu vermeiden, dass der Freistaat Memel an Polen fällt. Auch hier gibt er sich als deutscher Patriot aus, denn das Deutsche Reich konnte das Memelgebiet leichter von Litauen als von Polen zurückholen. Nach 1923 habe er für die kulturelle Hebung der Bevölkerung gearbeitet und als Präsident des Konsistoriums der Evangelisch-Lutherischen Kirche für Ordnung, Sitte und Gerechtigkeit gesorgt - alles positive Maßnahmen zu Gunsten der Memelländer. Über seine pro-litauischen Aktivitäten verliert Gaigalat kein Wort. Daher beklagt er sich, dass ihm die Umsiedlerrechte und die damit zusammenhängenden Rechtsansprüche - Einbürgerung - entzogen wurden.

Es ist eine geschickt aufgebaute Argumentation, die pro-deutsche Akzente setzt und die pro-litauischen Aktivitäten ausblendet, um den „Führer des Deutschen Volkes“ zu seinen Gunsten zu beeindrucken. Offensichtlich hat aber der „Führer“ diesen Brief nie gesehen. Ob der Reichskommissar zur Festigung des Deutschtums von dieser Argumentation überzeugt wurde, erscheint fraglich.

#### **Seite 3 des „Führerbriefes“**

Auf der dritten und letzten Seite seines „Führerbriefes“ setzt Gaigalat seine Darstellung fort, dass er sich für das Deutschtum eingesetzt habe:

1920 wurde er in Tilsit zum Vorsitzenden des litauischen Nationalrates für Preußisch-Litauen (Taryba) gewählt, hat aber dieses Amt niedergelegt, „um nicht gegebenenfalls gegen das Deutschtum auftreten zu müssen“. Deswegen wurde er als Verräter der litauischen Sache gebrandmarkt. In Kaunas gründeten litauische Studenten und Lehrer die Zeitschrift „Srovė“ (Strom), die wegen seiner Deutschfreundlichkeit gegen ihn polemisierte.<sup>28</sup> „Dadurch entstand eine merkwürdige Situation. Die Deutschen bezichtigten mich, sie zu benachteiligen und ihre Rechte mit Füßen zu treten, und Litauer verdächtigten mich, daß ich den Deutschen nach dem Munde redete und die Litauer benachteiligte“.<sup>29</sup>

Hier wird deutlich, dass sich Gaigalat in einem Zwiespalt befand: Nach seinem Verständnis bemühte er sich, gegenüber den Ethnien gerecht zu sein. Dieses trug ihm Kritik von beiden Seiten ein, er geriet zwischen die „Fronten“ und wurde zerrieben. Zutreffend stellt Gaigalat fest: „Was die Litauer des Memelgebietes anbetrifft, so sind sie stets treue Preußen gewesen und haben für Preußens Ruhm und Stärke mit Freude gekämpft. ... Nie hat man bei ihnen von etwaigen politischen Sonderbestrebungen gehört“. Zu dieser Aussage ist anzumerken, dass es sich im staatsrechtlichen Sinne nicht um Litauer, sondern um (Ost-) Preußen handelte, die man lediglich ethnisch als litauischen Ursprungs bezeichnen kann. Dagegen ist der Satz, dass es keine politischen Sonderbestre-

<sup>28</sup> Siehe Gaigalat: „Erinnerungen“, S.137-140.

<sup>29</sup> Ebenda, S. 137.

bungen gegeben habe, bedeutungsvoll, denn das heißt, dass die Preußisch-Litauer nicht den Wunsch hatten, (Ost-) Preußen zu verlassen und mit der Republik Litauen - die erst nach 1918 entstand - vereinigt zu werden. Wenn es keine Sonderbestrebungen in der Bevölkerung gegeben hat, warum hat sich Gaigalat so nachdrücklich für den „Anschluss“ des Memelgebietes an Litauen eingesetzt? Hat er nicht damit gegen die Interessen der Preußisch-Litauer im Memelgebiet agiert?

Sodann legt Gaigalat in seinem „Führerbrief“ ein Bekenntnis ab, das seine Widersprüchlichkeit charakterisiert:

(1) Im „Führerbrief“ heißt es: „Ich ... habe nie mein deutsches Volkstum verleugnet und bedauere es schmerzlich, daß man uns die deutsche Staatsangehörigkeit nicht wiedergegeben hat“.

(2) In dem von Gaigalat in Litzmannstadt ausgefüllten Fragebogen erklärt er: „Ich bekenne mich zum litauischen Volkstum“.

(3) Der Einbürgerungsantrag wurde am 20. September 1942 durch Regierungspräsidenten Wiesbaden abgelehnt: „Uns wurde immer von Neuem vorgeworfen, für Litauen optiert zu haben, und daß wir hätten Deutsche bleiben sollen. Aber wie kann ich mich für einen Deutschen halten, wo ich doch Litauer und reinen litauischen Blutes bin? Wie kann ich als wahrer Christ öffentlich lügen?“.

An diesen Widersprüchen - die nicht kommentiert werden sollen - ist bemerkenswert, dass er den 'Führerbrief' am 3. Juni 1942 geschrieben hat, diesen Teil seiner „Erinnerungen“ muss er später verfasst haben, da er auf Seite 146 auf diesen „Führerbrief“ hingewiesen hat. Man kann davon ausgehen, dass der Einwandererzentralstelle in Litzmannstadt, dem Reichskommissar zur Festigung des Deutschtums bzw. der Gestapo diese widersprüchlichen Selbstauskünfte bekannt waren. Allein diese dürften ausgereicht haben, ihm die deutsche Staatsangehörigkeit zu versagen.

Der „Führerbrief“ ist von Gaigalat kraft- und schwungvoll unterschrieben worden; graphologisch spricht die Unterschrift dafür, dass er im Besitz seiner geistigen Kräfte war.

#### **IV. Die Widersprüche des Pfarrers Dr. Wilhelm Gaigalat**

Pfarrer Dr. Wilhelm Gaigalat, der 1870 in Heydebruch (Kreis Ragnit, später Kreis Pogegen) geboren wurde und Ende 1945 in Bretten (bei Karlsruhe) starb, hat in seinem Leben turbulente historische Umwälzungen erlebt und diese im Memelgebiet bzw. in Litauen mitgestaltet. In diese war er widersprüchlich verwickelt:

### ***1. Die Konversion vom Preußen zum Litauer***

Gaigalat, der im deutschen Kaiserreich geboren wurde, begab sich Anfang 20. Jahrhunderts in die Politik und tauschte damit das ländliche Städtchen Prökuls gegen die Weltstadt Berlin ein, wo er von Kaiser Wilhelm II. empfangen wurde. Offensichtlich hat er diese weltstädtische Bühne genossen. Es war nicht nur ein Gewinn an Prestige, sondern dürfte auch - im Vergleich zu seinem Pfarrergehalt - seine ökonomische Lage wesentlich verbessert haben. Dieser Aspekt ist nicht zu unterschätzen. Offensichtlich fand er an der Politik und der Weltstadt Berlin gefallen.

In seiner 1915 erschienenen Schrift „Die litauisch-baltische Frage“ hat sich Gaigalat eindeutig für den Verbleib der Preußisch-Litauer (auch „Kleinlitauer“ genannt) bei Preußen und damit bei Deutschland ausgesprochen: „Die Litauer wissen, was sie an Preußen haben und mit welcher Fürsorge sie behandelt werden“. Und weiter heißt es in dieser Schrift: „Es fällt gegenwärtig den Deutschen die herrliche Aufgabe zu, als Schutz- und Schirmherr der kleineren Nationen vor aller Welt aufzutreten .... Dafür wird es Dank und Achtung der ganzen Welt ernten und der deutsche Name wird allenthalben einen freudigen Widerhall finden“.<sup>30</sup>

Um die Jahreswende 1918/19 vollzog Gaigalat einen politischen und ideologischen Schwenk, eine Konversion, die er in seinen „Erinnerungen“ nicht erläutert oder begründet. Aus dem (Ost-) Preußen oder Memelländer (dieser Begriff entstand erst mit dem Friedensvertrag von Versailles) wurde er geistig und politisch ein Litauer, der die noch in Gründung befindliche Republik Litauen bereits in Versailles vertrat und der vehement für die totale Eingliederung des vom Deutschen Reich abgetrennten Memelgebietes in den litauischen Staat forderte. Der am 16. November 1918 in Tilsit gegründete „Nationalrat für Preußisch-Litauen“ (Taryba), dessen Präsident Vilius Gaigalaitis wurde (es ist die lituanisierte Namensform), verfasste einen Aufruf, in dem es heißt: „... Unsere Losung kann nur sein „Los von Deutschland!“ Wir bitten eindringlich um Hilfe in unseren Bestrebungen, um der ganzen zivilisierten Welt zu zeigen, wie barbarisch die Deutschen gegen uns vorgegangen sind“.<sup>31</sup> Als Präsident des Litauischen Nationalrates hat er am 27. Juni 1919 in den „Richtlinien für die Besetzung des Memelgebietes an die Regierung der Französischen Republik“ appelliert: (1) Baldmöglichste militärische Besetzung der Stadt Memel durch die Ententetruppen, ... (2) Einsetzung eines Gouverneurs aus der litauischen Bevölkerung, ... usw. Aber als 1923 ein „Aufstand“ der Preußisch-Litauer im Memelgebiet inszeniert wurde, um den litauischen Einmarsch zu kaschieren,

---

<sup>30</sup> Wilhelm Gaigalat: Die litauisch-baltische Frage. Berlin 1915. S.21-23.

<sup>31</sup> Friedrich Janz, S.60.

war er nicht bereit, die Anführerschaft zu übernehmen. Während der Zugehörigkeit des Memelgebietes zu Litauen (1923-1939) hat Gaigalat aktiv für die politische, sprachliche und kulturelle Integration in die Republik Litauen gewirkt. Diese Wandlung vom Preußen zum Litauer ist von Gaigalat in seinen „Erinnerungen“ nicht einmal erwähnt, geschweige denn erläutert: Daher ist man auf Vermutungen oder Spekulationen angewiesen. Hierauf soll verzichtet werden, vielmehr wollen wir uns an die Fakten halten.

In Litauen wird Gaigalat hoch geschätzt, weil er sich für die junge Republik und vor allem für die Integration des Memelgebietes in den litauischen Staat nachdrücklich einsetzte. Zeichen für diese Wertschätzung sind seine 1998 in Klaipėda / Memel erschienenen „Atsiminimai“ (Erinnerungen).<sup>32</sup> Seine Gebeine und die seiner Frau wurden 1994 in Bretten (bei Karlsruhe) exhumiert und mit kirchlichem Segen verabschiedet und wiederum mit kirchlichem Segen auf dem Friedhof in Prökuls beigesetzt. Deren Grab ziert ein großer Grabstein mit deutscher und litauischer Inschrift.

### **2. Die deutsche Kritik an Gaigalat**

Im Kontrast zu der Gaigalat auch heute noch in Litauen entgegengebrachten Verehrung steht die weltliche und kirchliche Kritik in Deutschland. Dabei beschränken wir uns nur auf zwei Beispiele, da wir im Aufsatz „Wandlungen und Wanderungen des Pfarrers Dr. Wilhelm Gaigalat“ hierauf ausführlich eingegangen sind.

Bereits 1922 - etwa zehn Jahre vor der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten! - hat Graf Lambsdorf - der Reichs- und Staatskommissar für das Memelgebiet - dem Auswärtigen Amt in Berlin folgendes mitgeteilt: „Ein ehemaliger deutscher Pfarrer, der sich öffentlich gerühmt hat, die Niederlage seines Vaterlandes benutzt zu haben, um ihm Land zu entreißen, ist nach meiner Auffassung dauernd unwürdig, das von ihm geschändete Vaterland zu betreten. ... Ohne förmliche Anweisung werde ich Gaigalat keine Reiseerlaubnis erteilen“.<sup>33</sup> Auch aus dem kirchlichen Bereich liegt ein Verdikt vor. Der Generalsuperintendent Obereigner (Memel) hat einem litauischen Prediger erklärt: „Ihr Litauer könnt Euch Pfarrer einladen soviel Ihr wollt, wir werden jedem gestatten, in unserer Kirche Gottesdienste zu halten, nur Gaigalaitis auf keinen Fall“.<sup>34</sup> Es ist offensichtlich, dass nicht nur diese, sondern auch zahlreiche andere kritische Aussagen über Gaigalat der Einwandererzentralstelle in Litz-

---

<sup>32</sup> Vilius Gaigalaitis: Atsiminimai. Klaipėda 1998.

<sup>33</sup> Jenkis, S. 62.

<sup>34</sup> Wilhelm Gaigalat: Erinnerungen. S.297. ; Zum Kirchenstreit siehe Arthur Hermann: Der memelländische Kirchenstreit von 1919 bis 1925. In: Kirche im Osten. Bd.40/41,1997/1998. S.11-30.

mannstadt, der Gestapo usw. bekannt waren.

### **3. Die Option für Litauen - die Re-Option für Deutschland**

Die Widersprüchlichkeit Gaigalats wird durch seine Option für Litauen und die Re-Option für Deutschland deutlich. Auf Grund der Memelkonvention vom 8. Mai 1924 erwarben die bisherigen deutschen Staatsangehörigen automatisch (ipso facto) die litauische Staatsangehörigkeit, mit dem Zusatz „Bürger des Memelgebietes“. Gemäß Art. 9 der Memelkonvention sowie des Deutsch-Litauischen Optionsvertrages vom 9. April 1925 konnten die Memelländer für Deutschland optieren; es soll sich um rund 14.000 Personen (= 10% der gesamten Bevölkerung) gehandelt haben. Auf Grund des „Gesetzes über die Wiedervereinigung des Memelgebietes vom 23. März 1939“ erwarben die Memelländer die deutsche Staatsangehörigkeit. Am 8. Juli 1939 wurde der Deutsch-Litauische Optionsvertrag geschlossen, d.h. Memelländer mit litauischer Volkszugehörigkeit konnten bis Ende 1939 den Anspruch auf die litauische Staatsangehörigkeit erheben. Gaigalat hat von diesem Optionsrecht Gebrauch gemacht. Insgesamt waren es nur 584 Personen. Mit seinem beweglichen Vermögen zog das Ehepaar Gaigalat nach Kretinga. Im November 1939 hat die Litauische Gesandtschaft in Berlin das Auswärtige Amt davon unterrichtet, dass das Ehepaar die litauische Staatsangehörigkeit erworben hatte.

Bei seiner Option für Litauen könnte eine Rolle gespielt haben, dass er bei den deutschen Behörden unbeliebt war, vielleicht hat er sogar befürchtet, von der Gestapo verfolgt und in das Konzentrationslager eingewiesen zu werden. Diese Gefahr war aber nicht sehr groß, denn es wurde durch Notenaustausch vom 23. März 1939 eine „Deutsch-litauische Amnestievereinbarung“ getroffen, nach der „Die Bürger des Memelgebietes wegen ihrer politischen Haltung mit Beziehung auf die bisherige Zugehörigkeit des Memelgebietes zu Litauen nicht verfolgt oder behelligt werden sollen“.<sup>35</sup> Somit bestand für Gaigalat keine Notwendigkeit, für Litauen zu optieren, nach Kretinga umzuziehen und die litauische Staatsangehörigkeit anzunehmen. Die Option erfolgte offensichtlich auf Grund seiner persönlichen Überzeugung und ohne äußeren Zwang.

Mit dem Erwerb der litauischen Staatsangehörigkeit hat Gaigalat seine Pensionsansprüche in Deutschland verloren. Sein Hinweis, er habe etwa 60 Jahre in Deutschland, hingegen nur rund 15 Monate in Litauen gelebt, ist rechtlich unerheblich. Allerdings ist es menschlich verständlich, dass er um seine Pfarrerpension kämpfte, um einen angemessenen Lebensstandard zu führen.

---

<sup>35</sup> Der Notenaustausch ist abgedruckt bei Walter Schätzel: Das Reich und das Memelland. Das politische und völkerrechtliche Schicksal des deutschen Memellands bis zu seiner Heimkehr. Berlin 1943. S.320.

#### **4. Warum ist Pfarrer Dr. Wilhelm Gaigalat gescheitert?**

Wenn man den Versuch unternimmt die Frage zu beantworten, ob ein Leben gescheitert ist, dann müsste man wissen, was das Ziel war und was erreicht bzw. nicht erreicht wurde. Auch in seinen „Erinnerungen“ hat Gaigalat nicht offenbart, was sein (politisches) Lebensziel war. Lediglich aus seinen Aktivitäten und seinen schriftlichen Äußerungen kann man schließen, dass er zumindest seit 1918/19 es als seine Aufgabe ansah, die Gründung der Republik Litauen zu gestalten, diese zu festigen, das Memelgebiet in diesen Staat einzugliedern sowie die litauische Sprache und Kultur zu erhalten.

Nach seiner Rückkehr nach Deutschland hat sich Gaigalat nachdrücklich um die Wiedererlangung der deutschen Staatsangehörigkeit und auch um seine Pensionsansprüche bemüht. In beiden Fällen ist er gescheitert. Als er seine letzten Lebensjahre unter Aufsicht der Gestapo in Bretten verbrachte, muss er bei einem Rückblick sich die Frage gestellt haben, ob er seine Lebensziele verfehlt hatte und ob er gescheitert ist.

Gaigalat kam 1902 als Pfarrer nach Prökuls. Da die Litauer keine Abgeordneten durchbringen konnten, stellten die Konservativen litauische Kandidaten auf, die sich verpflichten mussten, im Reichstag die Konservative Partei zu unterstützen. Sowohl Litauer als auch die Konservativen überzeugten Gaigalat, für das Preußische Haus der Abgeordneten in Berlin zu kandidieren. Von 1903 bis 1918 wurde er Abgeordneter, die Kirchenkanzlei hat für ihn in Prökuls einen Pfarrverweser eingestellt und besoldet. In seinen 'Erinnerungen' bemerkt Gaigalat zu seinem Schritt in die Politik: „Ich hätte wohl besser daran getan nicht anzunehmen, denn dadurch wurde ich für lange Zeit aus meiner wichtigen seelsorgerischen Tätigkeit in der Gemeinde herausgerissen“. Und ferner: „Und nachdem ich in solch eine Stellung hineingeraten war, war es schwer, dort wieder herauszukommen“.<sup>36</sup> Man kann die These aufstellen, dass der Schritt in die Politik nicht nur seinen Lebensweg beeinflusste, sondern auch zu seinem Scheitern beigetragen hat.

In psychologischer Hinsicht dürfte von Bedeutung sein, dass er mit seinem Abgeordnetenmandat die ländliche Gemeinde Prökuls mit der Weltstadt Berlin eintauschte, wo er von Kaiser Willhelm II. empfangen wurde und wo er höhere Diäten als sein Pfarrergehalt erhielt. Auch aus ökonomischer Sicht ist es nachvollziehbar, dass es schwer war, aus der Politik wieder herauszukommen.

Als Deutschland 1918 um den Waffenstillstand bat und am 9. November 1918 die Waffen ruhten, ging Gaigalat seiner politischen Stellung und seiner Privilegien in Berlin verlustig.<sup>37</sup> Er konvertierte zum Litauertum. In seinen „Erinne-

---

<sup>36</sup> Ebenda, S.39.

<sup>37</sup> In seinen Erinnerungen schreibt Gaigalat: „...und so blieb ich 15 Jahre dabei, bis im

rungen“ hat Gaigalat diesen Zeitabschnitt offensichtlich bewusst ausgespart, um nicht zu erklären bzw. zu begründen, warum er konvertierte. Da die in Entwicklung befindliche Republik Litauen dringend politisch und international erfahrene Politiker brauchte, um ihre Interessen zu vertreten, entsandte man ihn zur Friedenskonferenz in Versailles. Wahrscheinlich hat ihm diese neue Aufgabe zugesagt, zumal er sich ethnisch als Litauer fühlte. Dennoch hätte man gern aus seinen „Erinnerungen“ erfahren, ob die Kontaktaufnahme durch ihn oder durch die Litauer erfolgte, denn die „blitzartige“ Konversion muss seit längerer Zeit vorbereitet gewesen sein.

Es ist schwer nachvollziehbar, mit welcher Intensität der preußische Abgeordnete Gaigalat ab 1918/19 für die Lostrennung des Memelgebietes vom Deutschen Reich und für die vollständige Eingliederung des Memelgebietes in die Republik Litauen kämpfte, zumal er in seinem „Führerbrief“ vom 3. Juni 1942 bemerkte: „... während das schwache Litauen (im Vergleich zu Polen, Jk.) für Deutschland die Möglichkeit bot, das Memelgebiet sich leicht zurückzuholen, was ja auch tatsächlich geschehen ist“. Diese Erkenntnis müsste ihn eigentlich veranlasst haben, vorsichtiger zu taktieren, zum Beispiel 1939 nicht für Litauen zu optieren. Da er in seinen „Erinnerungen“ seine Konversion nicht erklärt, gewinnt man den Eindruck, dass seine Option für Litauen und die Re-Option für Deutschland nicht rational waren.

Es sollen Beispiele genannt werden, dass Gaigalats Bestrebungen gescheitert sind oder sogar zum Scheitern verurteilt waren, wobei die gesamt-litauischen Rahmenbedingungen zu berücksichtigen sind:

Wie bereits weiter oben dargestellt, konstituierte sich im Juni 1919 ein „Vorparlament“, das am 26. August 1919 die Schaffung des Freistaates Memel unter dem Protektorat der Ententemächte vorschlug. Die Verhandlungen begannen erst im November 1922 vor der Memelkommission der Botschafterkonferenz in Paris. Die litauische Delegation, zu denen die Nationallitauer Simonaitis und Pfarrer Dr. Gaigalat gehörten, kam nicht zum Erfolg, da sie wie auf der Friedenskonferenz den Anschluss des Gebietes an Litauen forderten. Die Aussichten für einen Freistaat unter britischer, italienischer oder französischer Oberhoheit waren günstig. Die Verwirklichung der Freistaatidee hätte den Anschluss des Memelgebietes an Litauen endgültig verhindert. Folglich legte Litauen Widerspruch ein und besetzte am 15. Januar 1923 das Memelgebiet.

Sowohl die junge Republik Litauen als auch Gaigalat handelten nicht rational, sondern emotional: Gerade Gaigalat, der die Mentalität der Preußisch-Litauer

---

Jahre 1918 der sozialdemokratische Abgeordnete Hoffmann uns aus dem Landtag hinaustrieb“. (S.40). Aus dieser Formulierung könnte man schließen, dass er weiterhin gern Abgeordneter in Berlin geblieben wäre.

kannte, hätte für den Freistaat plädieren müssen; denn dann hätten die Preußisch-Litauer Minderheitenschutz in sprachlicher, kultureller und religiöser Hinsicht erhalten und wahrscheinlich wäre Gaigalat zum „Kultur- oder Minderheitenbeauftragten“ des Völkerbundes geworden. Wenn Litauen der Bildung des Freistaates Memel - unter dem Protektorat eines der Ententemächte oder des Völkerbundes - zugestimmt hätte, dann hätten sowohl Litauen als auch Polen einen Freihafen<sup>38</sup> und Gaigalat wahrscheinlich als Protektor der Preußisch-Litauer eine Funktion erhalten. Seine Option für Litauen und Re-Option für Deutschland, der Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit, der Pension usw. wären entfallen.

Ein weiteres Beispiel für das Scheitern der Republik Litauen und von Pfarrer Dr. Gaigalat ist die Sprachenfrage im Memelgebiet: Sowohl in den Versailler Friedensverhandlungen als auch in der Folge wurde argumentiert, dass - insbesondere auf dem Lande - die Bevölkerung litauisch sprach und es sich somit um ein litauisches Gebiet handele. Abgesehen davon, dass die meisten Preußisch-Litauer sowohl die deutsche als auch die litauische Sprache beherrschten, hat der spätere litauische Präsident Antanas Smetona in seiner „Adlon-Rede“ auf folgendes hingewiesen: Während der langjährigen Union mit Polen erfolgte eine Polonisierung der litauischen Oberschicht und nach der letzten Teilung Polens (1795) eine Russifizierung. Litauen opferte Polen den größten Teil seines Adels und überließ die besten Kräfte seiner Intelligenz, doch: „... kurz gesagt, sie (die Litauer) schrieben und sprachen polnisch, empfanden aber entschieden litauisch“.<sup>39</sup> Diese treffende Unterscheidung dürfte auch für die Preußisch-Litauer gelten: Die Familien- oder Haussprache war litauisch (ganz abgesehen davon, dass man auch die deutsche Sprache beherrschte), aber man war Preuße oder Deutscher, man diente in der preußischen Armee und wählte deutsch. Das, was Smetona für die Litauer gegenüber den Polen erhob, dürfte auch für die Preußisch-Litauer gegolten haben.

Während der „Franzosenzeit“ (Kondominium 1920 bis 1923) hat die französische Verwaltung 1921 eine Elternbefragung über die gewünschte Unterrichtssprache durchgeführt, allerdings die höheren Schulen sowie Volksschulen in Memel nicht berücksichtigt, da deren Ergebnisse zweifelsfrei deutsch waren

---

<sup>38</sup> Im Rahmen der Rückgliederung des Memelgebietes am 22. März 1939 wurde der Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und der Republik Litauen über die Einrichtung einer litauischen Freihafenzone in Memel vom 29. Mai 1939 geschlossen, „um den Wirtschaftsbedürfnissen Litauens Rechnung zu tragen“, so in Präambel (abgedruckt bei Gornig, S.245-251). Dieser Vertrag wurde ergänzt durch die deutsch-litauischen Wirtschaftsverträge vom 20. Mai 1939, abgedruckt bei Schätzel, S.327-333. Es handelt sich um für Litauen günstige Vereinbarungen.

<sup>39</sup> Antanas Smetona: Die litauische Frage. Berlin 1917. S. 9.

**Elternbefragung durch die französische Verwaltung in den  
Landkreisen 1921:**

Landkreise:	Memel	Heydekrug	Pogegen
Volksschüler	4.695	6.210	5.965
Lit. Religionsunterricht gewünscht	1.418	312	162
Lit. Schreib- und Leseunterricht gewünscht	232	78	45

Von insgesamt 16.510 Volksschülern wünschten 1.894 = 11,2% litauischen Religionsunterricht und nur 365 Schüler = 2,2% litauischen Lese- und Schreibunterricht.<sup>40</sup> Selbst wenn man unterstellt, dass nationallitauische Eltern für ihre Kinder den deutschen Lese- und Schreibunterricht wünschten, um deren Berufschancen zu verbessern, so bleibt festzuhalten, dass die Integration und Assimilation weit fortgeschritten war. Dieses muss nicht nur Gaigalat, sondern auch der litauischen Regierung bekannt gewesen sein, dennoch haben beide an der Annexion des Memelgebietes festgehalten.

Selbst wenn man diese Zahlen nicht anerkennt, dann belegen die ersten Wahlen zum Memelländischen Landtag die politische Willensbildung: Von 29 Landtagssitzen errangen die Litauer mit 3.761 Stimmen (= 6%) nur 2 Mandate und die Memeldeutschen mit 58.756 Stimmen (= 94%) 27 Mandate; bei der letzten Landtagswahl 1938 erhielten die Litauer 9.260 Stimmen = 12,8% und 4 Mandate, die Memeldeutschen 62.978 Stimmen = 87,2% und 25 Mandate.<sup>41</sup>

Diese Zahlen belegen das Scheitern der litauischen Integrationspolitik und auch das persönliche Scheitern von Gaigalat, der sich intensiv um die Lituanisierung der Bevölkerung des Memelgebietes bemüht hatte.

Es ist rational nicht nachvollziehbar, dass weder der litauische Staat noch Gaigalat nicht erkannt haben wollen, dass zwischen den Preußisch-Litauern und den Groß-Litauern soziologische, ökonomische, konfessionelle und auch sprachliche Unterschiede bestanden, die Gaigalat in seiner 1915 erschienen Schrift „Die litauisch-baltische Frage“ treffend feststellte.<sup>42</sup>

Es geht nicht um die politische Konversion von Gaigalat, sondern darum, dass

---

<sup>40</sup> Schätzel, S.114.

<sup>41</sup> Ebenda, S.169.; Gornig, S. 54 (Fußnote 247)

<sup>42</sup> Gaigalat: Die litauisch-baltische Frage, S.22.

er 1915 eine realistische Diagnose vornahm, nach 1920/23 aber die empirischen Daten - Elternbefragung bzw. Wahlergebnisse - nicht beachtete, sondern weiterhin für die Zugehörigkeit des Memelgebietes zu Litauen aktiv eintrat. Man betrieb keine *Rationalpolitik*, sondern eine *Emotionalpolitik*, die zum Scheitern verurteilt war.<sup>43</sup> Das Ende der litauischen Emotionalpolitik wurde nicht durch Berlin eingeläutet. Nach der polnischen Besetzung Wilnas kappte Litauen jegliche Beziehungen zu Polen und ging von der Wiedererlangung der litauischen Hauptstadt Wilna aus. Nach einem litauisch-polnischen Grenzzwischenfall überreichte Polen am 18. März 1938 ein Ultimatum an Litauen und forderte die Aufnahme diplomatischer Beziehungen, was die Anerkennung der Annexion Wilnas bedeutete. Litauen fragte in Moskau, London, Paris und Berlin an, ob Hilfe zu erwarten sei, von keiner Seite wurde Unterstützung zugesagt. Reichsaußenminister von Ribbentrop bezeichnete „die polnische Note als ‚sehr maßvoll‘ und empfahl die bedingungslose Annahme des Vorschlages“.<sup>44</sup> Am 19. März 1938 nahm Litauen das polnische Ultimatum an. Dieser Vorgang ist deshalb von großer Bedeutung, weil erstmals deutlich wurde, dass weder Moskau noch London und auch nicht Paris zur Hilfe bereit waren, aber auch deshalb, weil Litauen um „einen freundschaftlichen Ratschlag der deutschen Regierung“ bat. Welch ein Unterschied zu den deutsch-litauischen Auseinandersetzungen um das Memelgebiet Anfang der 30-er Jahre! Nunmehr konnte Litauen nicht mehr auf die Hilfe der Ententemächte rechnen, wenn Deutschland die Rückgabe des Memelgebietes forderte.

Nicht nur die Republik Litauen, sondern auch *Pfarrer Dr. Wilhelm Gaigalat waren gescheitert*, denn er war nicht nur ein Rädchen in der Politik, sondern in vieler Hinsicht ihr Motor. In seinen „Erinnerungen“ hat er sich über diese Vorgänge ausgesprochen, denn dann hätte er den litauischen Status- und Machtverlust im Memelgebiet erklären und begründen müssen. Dieser wird im allge-

---

<sup>43</sup> Manfred Hellmann urteilt über die litauische Außenpolitik wie folgt: Der Ausgang des Ersten Weltkriegs „bürdete der 1918 durch den für die beiden großen Nachbarmächte Deutschland und Russland ungünstigen Kriegsausgang entstandenen Republik Litauen, die in ihren Ansprüchen weit über den Kleinstaat, den sie darstellte, hinausging, eine kaum zu tragende Last auf. Die in die politische Verantwortung hineinwachsenden Gruppen von Menschen besaßen nur in wenigen Fällen Geschick, Erfahrung und Augenmaß genug, um eine Politik im Rahmen des Möglichen zu treiben. Hierzu gehörte zweifellos Voldemaras. Aber er stürzte über die nationalistischen Ambitionen und Großsprechereien einer jüngeren Gruppe von Politikern und Publizisten, die den Kern des Tautininkai-Verbandes bildeten. Hier wuchs jene nationalistische, ja chauvinistische Richtung heran, der Haltung und Tätigkeit die Verwicklungen in der Memel- und Wilna-Frage bestimmt hat“. (Manfred Hellmann: Geschichte Litauens und des litauischen Volkes. Darmstadt 1966. S.171; 3. Aufl. 1986. S.171).

<sup>44</sup> Plieg, S.192.

meinen damit begründet, dass seit der Machtergreifung 1933 durch Hitler der NS-Einfluss im Memelgebiet zunahm und das Deutsche Reich ideell und materiell den Druck auf Litauen verstärkte. Sicherlich ist diese Tendenz vorhanden gewesen, es kommt aber dem litauischen Historiker Vytautas Žalys das Verdienst zu, die tieferen Ursachen des Scheiterns Litauens - und damit auch Gaigalats - im Memelgebiet erkannt zu haben: Žalys gibt zu, dass die litauische Regierung im Memelgebiet mehrere Fehler gemacht habe: „Aber nicht diese Fehler bestimmten das Schicksal des Memelgebietes im Jahre 1939. Vielmehr gaben Faktoren den Ausschlag, die vom Willen Litauens unabhängig waren“. Noch deutlicher wird Žalys mit den folgenden Feststellungen:

„Bei der Analyse der Gründe des Misserfolges Litauens im Memelgebiet darf man *nicht* alles nur auf die *ständige Einmischung Deutschlands* in die Angelegenheiten des Gebietes oder auf Terror der Nazis zurückführen. Die *Ursachen des Scheiterns* liegen, wie wir es schon erwähnt haben, bedeutend tiefer: im sozialen, politischen, Traditions- und sogar im psychologischen Bereich. Von ausschlaggebender Bedeutung für den Misserfolg der litauischen Zentralgewalt war dabei der Verlust des litauischen Memelländers. War es schon nicht leicht, einen Teil des Volkes zu verlieren, fiel es noch viel schwerer, dies zuzugeben. Die Analyse der Entwicklung von 1923 bis 1939 im Memelgebiet lässt die Behauptung zu, dass ein großer Teil der litauischen Memelländer schon damals für Litauen unwiderruflich verloren gewesen ist“ (Hervorhebungen erfolgt durch uns, Jk.).<sup>45</sup>

So sehr Žalys treffend die eigentlichen Gründe des Scheiterns Litauens im Memelgebiet aufzeigt, ist eine Einschränkung zu machen: Wenn - aus welchen Gründen auch immer - Menschen ihr ursprüngliches Vaterland verlassen und in einem anderen Land eine neue Heimat suchen und auch dessen Staatsbürgerschaft annehmen, dann ist dieses zu respektieren; die Flucht der Hugenotten war für Frankreich ein „Verlust“ und für Brandenburg-Preußen ein Gewinn. Dieses als „Verlust“ zu bezeichnen, ist irritierend, zumal die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1948 in Art. 13 die Freizügigkeit und die Auswanderungsfreiheit postulierten. Litauen hat sich auch nicht beklagt, dass Deutsche in litauische Dienste traten.

Dieser unvollständige Überblick über das Scheitern des Pfarrers Dr. Wilhelm Gaigalat und das der litauischen Politik ist in mehrfacher Hinsicht von Bedeutung:

Sowohl Gaigalat als auch die Litauische Republik müssen gewusst haben, dass es grundlegende Unterschiede zwischen den Preußisch- und den Russisch-

---

<sup>45</sup> Vytautas Žalys, S. 89 ff., aber auch Schätzel, S.120.

Litauern gab, die zwar formal, nicht aber politisch, soziologisch, ökonomisch und konfessionell vereinigt werden konnten. In dieser *Fehleinschätzung* lagen die systembedingten Gründe für das Scheitern des Pfarrers Gaigalat und auch des litauischen Staates. Über beiden liegt ein Hauch von Tragik: Sie mögen aus ihrer Sicht edle Motive gehabt haben, die Fakten sprachen gegen sie, aber ihre Emotionalpolitik hinderte sie, diese zu akzeptieren.



Ehepaar Gaigalat 1943

(aus dem Archiv von Christel Adams)

Pfarrer Dr. Gaigalat lebte in bescheidenen Verhältnissen und starb als Staatenloser, die Republik Litauen verlor ihre Selbständigkeit und wurde Spielball der Sowjetunion und des Deutschen Reiches. Pfarrer Dr. Wilhelm Gaigalat/Vilius Gaigalaitis wird unterschiedlich beurteilt: In Litauen ob seines Engagement für das Memelgebiet und für Litauen hochgeschätzt und verehrt, im Memelgebiet und in Ostpreußen aus demselben Grunde vernichtend kritisiert. Im Prolog zum dramatischen Gedicht 'Wallenstein' urteilt Friedrich Schiller über Wallenstein wie folgt:

*„Von der Parteien Gunst und Hass verwirrt schwankt sein  
Charakterbild in der Geschichte“.*

Dieses gilt auch Pfarrer Dr. Wilhelm Gaigalat.